Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 236 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Freitag, 7. Oktober 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — 72. Jahrgang

Die Wahlbewegung

Terror-Gruppen werden gewarnt!

Von unterrichteter Seite hört das Contibüro, daß die Regierung keineswegs gewillt ist, sich dem Terror einzelner Parteien und ihrer Organe zu beugen, deren Endzweck sei, durch fortgesetzte Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Versammlungen die Wahlen zum Reichstag zu verhindern. Vielmehr wird mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß die Notvergrdnung mit ihren schweren Strafen — bekanntlich sieht sie in den schwersten Fällen die Todesstrafe vor — noch in Kraft ist und unnachsichtlich angewendet werden wird.

Führertagung der DNVP

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei und eine Reichsführertagung der Deutschnationalen traten am Donnerstag in den Räumen des Preußischen Landtages zusammen. Die beiden Parteigremien waren zunächst gemeinsam versammelt, um längere

Ausführungen Dr. Hugenbergs

entgegenzunehmen. Dieser sagte u. a., wir hätten heute in anderen Formen abermals einen Kampf gegen einen zweiten Youngplan zu führen. Dies sei der Kampf um die Regelung der privaten Auslandsschulden, die die ausgesaugte deutsche Wirtschaft einfach nicht mehr tragen könne. Er schilderte dann das Verhältnis zu den Nationalsozialisten. Wenn die Nationalsozialisten jetzt die Schwenkung zum reinen Sozialismus mitmachten, dann müßten sie daran zerbrechen. Die Entwicklung dürfe nicht wieder zurück zum Parlamentarismus gehen. Die Mittelparteien hätten die letzten Jahre nicht verstanden und damit ihren eigenen Untergang, aber auch die Bedeutungslosigkeit des Bürgertums verschuldet. Dem neuen Kabinett gegenüber hätten die Deutschnationalen den Standpunkt eingenommen, daß es nach seinen Taten beurteilt würde. Abgesehen davon, daß zum ersten Mal ein Kabinett ohne schwarz-rote Mitwirkung zustandegekommen sei, habe die Regierung Papen das Verdienst, Preußen vom Marxismus befreit zu haben, und zwar ohne Bürgerkrieg. Das hindere nicht, zu betonen, daß viele unerfüllte Wünsche und mancher Grund zur Besorgnis vorhanden seien. Die politische Konjunktur sei heute eine ganz andere als 1928. Heute sei es möglich, daß auf die Krise ein Aufschwung folge, damit aber auch eine Abkehr vom Radikalismus. Diese Entwicklung schließe die Gefahr des Wiederversinkens in den Opportunismus und den Hang zum Paktieren mit dem Parlamentarismus ein. Die Regierung dürfe nicht zögern, unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die dringenden Aufgaben in Angriff zu nehmen, die noch unter der Reichspräsidentschaft Hindenburg gelöst werden müßten, vor allem eine durchgreifende Wirtschaftsreform und die Verfassungsreform. Auch andere Aufgaben, wie die Erneuerung des Beamtentums und die Sanierung der Landwirtschaft, wären noch durchzuführen, wenn auch der grundsätzliche Uebergang zum Kontingentsystem ein großer Schritt vorwärts sei. Das Problem der Schuldenregulierung müsse durch einen großen Schritt der Regierung angepaßt werden. Hier sei nicht mit Teilmaßnahmen weiterzukommen. Die Sozialisierungspolitik Brünings, wie sie durch die dauernden Subventionen großer Betriebe gefördert sei, müsse schleunigst wieder gut gemacht werden. Dieser notwendigen Entsozialisierung müßten gleich die notwendigen Reformarbeiten auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Ein neuer Mittelstand müsse geschaffen und der alte gestärkt werden. Aufhebung der aus der Erbschaft Brünings übernommenen sozialpolitischen Härten, insbesondere auf dem Gebiete der Rentenkürzung, sei dringend notwendig. Die Unterstützung des Kurses der Regierung Papen bedeutet keine Blankovollmacht. Es komme auf den Einfluß an, den die Deutschnationalen derjenigen Geistesrichtung, die sie vertreten, verschaffen müßten.

In diesem Wahlkampf stehe die Deutschnationale Volkspartei als die einzige Parteibewegung da, die die bisherigen Stürme überstanden habe und in der Lage sei, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in einer für die Zukunft der Nation notwendigen Form durchzuführen. Die Deutschnationalen gingen ihren graden Weg. Sie lehnten jede unklare Bindung und jede Verwischung ihrer Ziele ab. Aber sie öffneten die Tore weit für alle diejenigen, die sich mit ihnen zu gleichen Zielen verbunden fühlten. Gegenüber den Versuchen der Nationalsozialisten, den Kampf der Deutschnationalen durch planmäßige Störung ihrer Versammlungen zu hemmen, sei gesagt, daß die Deutschnationalen sich auch gegenüber diesen durchsichtigen Absichten durchzusetzen wissen würden. „Wir scheuen diesen Kampf nicht, der uns aufgezwungen wird. Die Deutschnationale Volkspartei — so schloß Dr. Hugenberg — geht in diesen Wahlkampf mit dem Willen, ihre historische Mission zu erfüllen und mit dem Glauben an die Kraft ihrer Idee."

Geh.-Rat Dr. Quaatz sprach über die politische Lage. Unsere Niederlage in Versailles, so erklärte er u. a., habe nur deshalb einen so furchtbaren Umfang annehmen können, weil ein Zusammenwirken des Auslandes mit den Parteien von Weimar stattgefunden habe. Parlament und Volk seien wesensverschiedene Dinge. Sonst wäre es nicht möglich, daß dieses „Junkerregiment" unangefochten regiere und daß ein Leutnant genüge, um in Preußen das schwarz-rote System zu beseitigen. Das deutsche Volk wolle die Erlösung von der Parteiherrschaft. Die Wiederaufbauarbeit Deutschlands müsse ihr letztes und größtes Ziel in der Wiederherstellung des Hohenzollern-Kaisertums finden.

Zur Sozialpolitik sprach **Dr. Erich Schmidt**, der an die Regierung die Forderung richtete, daß die im zweiten Teil der Notverordnung gegebene sozialpolitische Ermächtigung zu einer wirklichen Sanierung der Sozialversicherung angewandt werde. Der erste Teil dieser Notverordnung, der die schematische Lohn- und Gehaltskürzung bei Neueinstellungen bringe, werde dagegen von der Deutschnationalen Volkspartei einmütig abgelehnt.

Ueber den landwirtschaftlichen Teil des Regierungsprogramms sprach **Abg. von Rohr**. Er betonte, daß die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt auf das unerläßliche Maß beschränkt werden müsse, wenn das Aufbauprogramm kein Fehlschlag werden solle.

Die weiteren Verhandlungen der Tagung waren dem Zwecke gewidmet, für den Wahlkampf Unterlagen für die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten zu geben.

Der Parteivorstand der DNVP

hielt am Donnerstag neben der Reichsführertagung eine Sitzung ab, in der unter Hinweis auf den Brief Hugenbergs an den Reichskanzler, in dem schleunige Beseitigung der schweren sozialen Lasten der Juni-Notverordnung gefordert wird, an die Reichsregierung im Namen sozialer Gerechtigkeit und wahrer Kameradschaft aller Berufsstände nochmals die dringende Bitte gerichtet wurde, die Notverordnung vom 14. Juni beschleunigt abzuändern. In der Vorstandssitzung sprach Dr. Hugenberg den Wunsch aus, den Ruf „Heil Hugenberg", der sich gewissermaßen als Kennwort in den deutschnationalen Versammlungen eingebürgert habe, in den Kampfruf „Heil Deutschland" abzuändern. Mehr denn je müsse heute alles auf die Person bezügliche in den Hintergrund treten.

Reichspropagandatagung der NSDAP

Im Mittelpunkt der Reichspropagandatagung der NSDAP in München stand die

Kampfparole Adolf Hitlers

für die Reichstagswahl. Er sagte nach dem Bericht der Reichspressestelle seiner Partei u. a., der Nationalsozialismus sei eine so umwälzende Bewegung, daß ihr Sieg kein leichter sein könne. Die Geschichte kenne keine große Umwälzung, deren Erfolg von vornherein allen sichtbar gewesen sei. Immer habe erst die letzte Ausdauer und die letzte Entschlußkraft in den entscheidenden Kämpfen dem Stärkeren den Sieg garantiert. Die nationalsozialistische Bewegung, die nicht auf kurze Sicht aufgebaut sei, besitze in ihrer inneren Kraft diese ungeheure Beharrlichkeit und Zähigkeit, ohne auch nur einen Augenblick am Endsieg zu zweifeln.

Hitler legte im einzelnen dar, warum das Programm der Regierung von Papen zusammenbrechen müsse. Das wirtschaftliche Programm dieser Regierung könne nach allen vorhandenen Anzeichen bereits jetzt als erledigt gelten. Der innerpolitische Teil des Programms, der angeblich die Aufrichtung einer starken Autorität erstrebe, müsse an den geradezu lächerlichen Mitteln scheitern, mit denen man glaube, eine solche Autorität ohne die geringste Fundierung im Volke aufrechterhalten zu können. Man könne ein System nicht einfach ersetzen durch irgendein neues Kabinett von Männern dieses gleichen Systems. Wenn man die parlamentarische Organisation ersetzen wolle, könne man das nicht durch eine Clique, die dem Volke ihren Willen aufzwingen wolle, sondern nur durch eine unparlamentarische Organisation, die bereits von unten her aus dem Volke selbst herausgewachsen sei. Der Regierung von Papen fehle eben die Nation als Kraftquelle und deshalb müsse auch zum Schaden des Volkes ihr außenpolitisches Programm scheitern. Hitler unterzog die außenpolitischen Methoden der Regierung von Papen, die Deutschland in eine völlige Isolierung hineintrieben, einer scharfen Kritik und zeichnete die positive Linie einer nationalsozialistischen Außenpolitik auf. Auch auf diesem Gebiete sei es nichts mit den frommen Wünschen der Regierung von Papen, „den Nationalsozialisten das dritte Reich vorweg zu nehmen".

Hitler gab sodann die Richtlinien und Grundsätze für die politische Tendenz des Wahlkampfes bekannt. Er führte zum Schluß seiner Rede, nach dem Bericht der NSK aus: Im Bewußtsein für das Recht und die Zukunft des Volkes zu kämpfen, geht die nationalsozialistische Bewegung von dem gleichen Kampfgeist beseelt mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft in den Wahlkampf hinein. Sie besitzt in ihrer Organisation alle Voraussetzungen eines erfolgreichen Kampfes, die überhaupt denkbar sind. Jeder Einzelne wird sich einsetzen bis zum äußersten. Wir Nationalsozialisten werden der Nation ein unerhörtes Vorbild unserer Willenskraft geben. Es gibt Leute, die sagen, ehe die Wahl kommt, ist die Regierung Papen wirtschaftlich längst zusammengebrochen und erledigt. Aber Friedensresolutionen werden in der nationalsozialistischen Bewegung nicht gefaßt. Wir werden für den 6. November kämpfen, als ob davon Deutschlands Sein oder Nichtsein abhängen würde. Ich sehe dem Kampf mit absoluter Zuversicht entgegen. Die Schlacht kann beginnen. In vier Wochen werden wir aus ihr als Sieger hervorgehen. Im Reichspräsidentenpalais wird dann wohl die Erkenntnis einhellig sein: Die nationalsozialistische Bewegung steht, sie ist da und wird niemals verschwinden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man gibt ihr die Macht, oder man gibt sie ihr nicht. Dann werden sie von der Macht dieser Bewegung überwunden werden.

Kundgebung des Stahlhelms

Die Bundesführer des Stahlhelms haben eine Kundgebung zur Reichstagswahl erlassen, in der es heißt:

„Der Stahlhelm wird nach wie vor keine Bindungen mit einzelnen Parteien eingehen. Die Richtung seines Kampfes wird durch seine großen unveränderlichen Ziele bestimmt:
starke Staatsführung, unabhängig von Parteien,
bedingungslose Wehrhoheit,
Neuaufbau des Reiches,
Eingliederung aller Deutschen in Erzeugung und Genuß des Volksvermögens, Eigentum für jeden Deutschen.
Hiernach muß sich jeder Stahlhelmkamerad schlüssig werden, welcher Partei er seine Stimme zu geben hat."

Schwere Saalschlacht in der „Neuen Welt"

Aus Berlin, 6. Okt., berichtet das Contibüro: Bei der ersten öffentlichen Wahlversammlung der DNVP in der „Neuen Welt" kam es heute zu einer schweren Saalschlacht. Schon zu Beginn der Versammlung bei den Begrüßungsworten von Stadtrat Steinhoff bemerkte man unter den Besuchern eine sehr große Anzahl von Nationalsozialisten, die durch Zwischenrufe zu stören versuchten. Kurz nach Beginn der Ausführungen des Vizepräsidenten Graef ruft ein Teilnehmer der Kundgebung: Hände aus den Taschen! Als der Leiter der Versammlung den Zwischenrufer feststellen lassen wollte, erhob sich ein allgemeiner Tumult. Es wurden von allen Seiten Stühle, Biergläser und Aschenbecher sowie sonstiges Inventar weit in den Saal hineingeschleudert. Im Nu entwickelte sich eine Schlägerei. Ein Teil der Versammlungsteilnehmer verließ fluchtartig den Raum. Von allen Seiten drang Schupo in den Saal und versuchte unter Hinzunahme des Polizeiknüppels die Störenfriede zu entfernen. Im Saal fiel plötzlich ein Schuß, der die Verwirrung noch steigerte. Mehrere Personen trugen erhebliche Verletzungen davon. Die Polizei setzte sofort alle verfügbaren Kräfte ein, um die Straße vor der „Neuen Welt" von den abziehenden Nationalsozialisten zu säubern.

Innenpolitisches

Die Spitzengehälter der Großkonzerne werden nachgeprüft

Von zuständiger Stelle wird die Meldung eines Berliner Mittagsblattes bestätigt, daß der Mitinhaber der Bankhauses Hardy u. Co., Bankier von Flotow, im Auftrage der Reichsregierung die Lage der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. an Ort und Stelle nachprüft und so in diesem Zusammenhange auch eine Nachprüfung der Spitzengehälter im Gelsenkirchener Konzern auf Grund der letzten Notverordnung erfolgt.

In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Nachprüfung der Spitzengehälter zum ersten Male bei Gelsenkirchen durchgeführt wird, und daß sich daran auch entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung die Nachprüfung der Spitzengehälter in anderen Großkonzernen anschließen werde.

Wie wir in diesem Zusammenhange erfahren, steht die Ernennung des Reichskommissars für die subventionierten Betriebe unmittelbar bevor.

Der Arbeitsmarkt und die Maßnahmen der Reichsregierung

Einstellungen

Der RWP.-Dienst berichtet: **Im Mendener Bezirk** ist eine Wirtschaftsbelebung festgestellt worden. Bei den Rheinisch-Westfälischen Salzwerken wurden 33 Mann eingestellt. Auch die übrigen Wirtschaftszweige sind voll beschäftigt und haben Aufträge zu verzeichnen, so daß auch hier in den nächsten Tagen mit Neueinstellungen zu rechnen ist.

In Arnsberg hat sich eine Sauerländische Papierfabrik G. m. b. H. gebildet, die die verschiedensten Zweige der in Konkurs geratenen Papierfabrik Cosack in Betrieb zu setzen beabsichtigt. Die Arbeiten in den Holzschleifereien werden sofort aufgenommen. Für die Papierfabrik und die Ziegelei werden ungefähr 60 Mann eingestellt.

Bei den Vereinigten Stahlwerken in **Hüsten** werden Mitte des Monats 220 Arbeiter eingestellt. Dadurch, daß der 6-Stundentag eingeführt wird, wird künftig statt in drei in vier Schichten gearbeitet werden.

Auch die **Bergverwaltung Siegerland** der Vereinigten Stahlwerke wird zu Mehreinstellungen bei den Gruben Eisenhardter Tiefbau, Heinrichsglück, Stahlseifen und Bautenberg schreiten. Die Verwaltung hat sich entschlossen, die Arbeit in der Weise zu strecken, daß die Belegschaftsziffern um etwa ein Sechstel erhöht werden können. Bei den genannten Gruben werden etwa 150 Arbeiter neu eingestellt.

Auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung sind in den nächsten Wochen bei der Reichsbahndirektion Köln Neueinstellungen von Arbeitern zu erwarten. Zunächst ist beabsichtigt, etwa 900 Mann einzustellen, und diese Zahl soll allmählich auf 1200 gebracht werden. Ueber ihre Verwendung im einzelnen ist noch nichts bekannt.

Arbeitsdienstwillige wegen Demonstration entlassen

Der Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes in Minden, der Verband für Leibesübungen, mußte, so berichtet der RWP.-Dienst, zu einer bedauerlichen Maßnahme greifen. Ein Arbeitsdienstwilliger hatte seine Kollegen aufgewiegelt, so daß die gesamten Arbeiter, ungefähr 80 Mann, mehrere Stunden vor Schluß der Dienstzeit, die Arbeitsstelle verließen. Der Mann wurde daraufhin entlassen. Die meisten Kollegen nahmen aber Partei für ihn und demonstrierten vor dem Rathaus. Wegen dieser Haltung der Arbeitsdienstwilligen sah sich der Verband für Leibesübungen gezwungen, sämtliche Demonstranten, ungefähr 50 Mann, zu entlassen.

Von 350 auf 500 Prozent!

Erhöhung der Bürgersteuer in Dortmund

Eine gemeinsame Sitzung der Steuer- und Finanzdeputation der Stadt Dortmund hat beschlossen, den Zuschuß zur Bürgersteuer für das Jahr 1933 von 350 auf 500 Prozent zu erhöhen. Für das laufende Jahr bleibt der Zuschuß von 350 Prozent bestehen. Im laufenden Haushalt der Stadt Dortmund war das Aufkommen der Bürgersteuer auf 2,2 Millionen RM. geschätzt, während nach den eingetretenen Erleichterungen aus der Juni-Verordnung das tatsächliche Aufkommen 1.2 Millionen RM. sein wird.

Die Londoner Konferenz?

Deutschlands klarer Standpunkt

Zu den verschiedenen Aeußerungen der in- und ausländischen Presse über die Frage, ob die Londoner Konferenz überhaupt noch zustandekommen wird, wird von unterrichteter Seite in Berlin festgestellt, daß tatsächlich das Schicksal der Londoner Konferenz noch völlig unklar und noch nicht entschieden ist, ob die Konferenz überhaupt stattfindet oder nicht. Die deutsche Regierung erwartet auf alle Fälle einen Bescheid der englischen Regierung, da England als einladende Macht Deutschland eine Mitteilung machen muß. Von dieser Mitteilung wird es auch abhängen, ob sich das Reichskabinett in seiner Sitzung am Freitag mit der ganzen Frage beschäftigen wird. Sollte eine Mitteilung der englischen Regierung eingehen, daß die Konferenz nicht stattfindet, dann ist naturgemäß eine Kabinettsberatung dazu völlig überflüssig. Bleibt diese Mitteilung aber bis Freitag aus, so wird das Reichskabinett zur Frage der Londoner Konferenz Stellung nehmen. Der deutsche Standpunkt an sich ist völlig klar. Deutschland ist nach wie vor selbstverständlich bereit, der Einladung Folge zu leisten, wenn die bekannten Voraussetzungen erfüllt werden.

Der englische Geschäftsträger erneut im Auswärtigen Amt

Wie das Conti-Nachrichtenbüro erfährt, hat der englische Geschäftsträger Donnerstag abend im Auswärtigen Amt in Berlin erneut einen Besuch gemacht. Die Besprechung drehte sich natürlich um die Frage der Londoner Konferenz, über die in den letzten 24 Stunden sehr viele widersprechende Nachrichten in der Presse erschienen sind.

Von unterrichteter Seite wird festgestellt, daß eine Veränderung der Lage durch den Besuch nicht eingetreten ist. Es besteht aber stark der Eindruck, daß die Engländer den Gedanken der Londoner Konferenz im engen Kreise noch keineswegs aufgegeben haben, sondern sich bemühen, doch noch etwas zustande zu bringen. Vom deutschen Standpunkt aus ist dazu lediglich festzustellen, daß wir weiter abwarten müssen, ob die englischen Bemühungen Erfolg haben. Das ist in erster Linie eine Frage, die zwischen England und Frankreich zu klären ist.

Zweifel in England

„Daily Telegraph" schreibt, in britischen amtlichen Kreisen hege man jetzt keine Hoffnung mehr auf ein Zustandekommen der Viermächte-Konferenz, man rechne vielmehr mit einer vorläufigen Fortsetzung der Arbeiten der Abrüstungskonferenz ohne Deutschland. Der diplomatische Korrespondent des Blattes sagt, in einigen Kreisen werde es für möglich gehalten, daß die Abrüstungskonferenz durch Annahme gewisser Resolutionen, von denen die eine eine energische Rüstungsverminderung versprechen würde, Deutschland zu einer Neuerwägung seiner Haltung veranlassen könnte. In anderen Kreisen werde ein solches Verfahren für hoffnungslos gehalten. Inzwischen frage es sich, ob es nicht unter den gegebenen Umständen angebracht wäre, daß Großbritannien und Italien als Garantiemächte des Locarno-Paktes über die besten Mittel zur Behandlung der deutsch-französischen Schwierigkeiten beraten.

Während „Daily Telegraph" den britischen Konferenzvorschlag als endgültig gescheitert ansieht, meinen **„Times"**, es sei „noch nicht sicher", und an anderer Stelle, es sei „nicht wahrscheinlich", daß die Konferenz zustandekommen werde. Das Blatt erklärt, bisher hätte nur Italien die Londoner Einladung angenommen. Das französische Kabinett habe keine Entscheidung getroffen. Angeblich wünsche Herriot genauere Informationen darüber, was geplant werde, bevor er sich festlege. Auch aus Berlin läge noch keine Antwort vor. Macdonald habe den 11. Oktober für die Konferenz vorgeschlagen. Falls die Konferenz doch noch zustande komme, dann werde es wahrscheinlich einige Tage später werden. Angesichts der Erklärung der amerikanischen Regierung, daß sie an der Frage der Gleichberechtigung nicht interessiert sei, sei keine Einladung an Washington gesandt worden. Doch verlaute, daß ein amerikanischer Vertreter als Beobachter eingeladen werden solle.

Französische Stimmen

Die Genfer Berichterstatter Pariser Blätter melden, daß die französische Delegation einen präzisen und konkreten „konstruktiven" Plan fertiggestellt habe, der im Augenblick vom französischen Kabinett geprüft werde. Dieser Plan soll das Abrüstungs- mit dem Sicherheitsproblem kombinieren. Der **Londoner Havas-Vertreter** berichtet, daß seine Hauptpunkte ein Vorschlag über den Konsultiv-Pakt, ein Kontroll- und Sanktionssystem, die Internationalisierung der Zivilluftfahrt, die Beschränkung und Herabsetzung gewisser spezifizierter Angriffswaffen entsprechend der Entschließung der Abrüstungskonferenz vom 22. Juli d. J. und schließlich die Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag vorgesehenen militärischen Klauseln mit gewissen Abänderungen seien.

Die **Genfer Berichte** der französischen Presse versuchen unter Hinweis darauf, daß die englische Initiative auf Einberufung einer Vierer- oder Fünfer-Konferenz nach London namentlich bei den Delegationen der kleinen Staaten Beunruhigung ausgelöst habe, einen besonders starken Druck auf Herriot auszuüben, damit er die Reise nach London aufgebe. Verschiedene Blätter fahren schwerstes Geschütz gegen Macdonald auf und versteigen sich sogar, wie z. B. **„Journal"**, zu der Behauptung, daß sich der englische Premierminister gegenüber Deutschland gebunden habe und daher um jeden Preis seine Initiative durchdrücken wolle.

Ueber **die Stellungnahme der französischen Regierung,** so wird aus Paris berichtet, verlautet bisher Sicheres nicht. Es steht nur soviel fest, daß der gestrige Ministerrat das Exposé des Ministerpräsidenten über den Vorschlag Macdonalds gutgeheißen hat. Herriot hat noch Mittwoch abend mit seinen engeren Mitarbeitern am Quai d'Orsay eingehend die Vorteile und Nachteile des englischen Planes erörtert. Die größte Bedeutung scheint man in politischen Kreisen einer bevorstehenden Besprechung Herriots mit dem amerikanischen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, beizumessen.

Der offiziöse **„Petit Parisien"** schreibt, die Entscheidung Frankreichs werde in erster Linie von der Einstellung Deutschlands, aber auch von dem Programm der Konferenz selbst abhängen. Gleichberechtigung sei ein „synthetischer Ausdruck", unter dem man sehr viel verstehen könne.

Das Organ Herriots „Ere Nouvelle" erklärt: Wir haben keine grundsätzlichen Einwendungen gegen eine Konferenz wie die in London geplante zu erheben, aber das Problem muß klargestellt werden. Da es sich um das Studium der Gleichberechtigungsfrage handelt, ist wesentlich, daß daran alle diejenigen teilnehmen, die es angeht. In diesem Zusammenhang weist das Blatt auf Polen, die Tschecho-Slowakei, Südslawien und Belgien hin.

„Volonté" nimmt eine Sonderstellung ein und spricht sich gegen die Hinzuziehung Polens, Belgiens und der Kleinen Entente zu der Londoner Konferenz aus.

Verschiebung der Londoner Fünfer-Konferenz

Aus Paris, 6. Okt., wird gemeldet: Der englische Botschafter hat heute nachmittag Ministerpräsident Herriot mitgeteilt, daß das Datum der Einberufung der geplanten Londoner Konferenz verschoben worden sei. Die Verhandlung hierüber werde zwischen London und Paris in freundschaftlichstem Geiste fortgesetzt.

Wie Havas aus Genf berichtet, halte man es nunmehr auch für sicher, daß der Zusammentritt des Vorstandes der Abrüstungskonferenz, der für den 10. Oktober vorgesehen war, verschoben werde. Wahrscheinlich werde Henderson, bevor er diese Sitzung aufs neu anberaume, abwarten, wie die französisch-englischen Verhandlungen über die Fünfer-Konferenz verlaufen.

Minderheitsfragen

In der politischen Kommission der Völkerbundsversammlung stand auf Antrag der deutschen Regierung die allgemeine Lage der Minderheiten zur Behandlung. Der Führer der deutschen Delegation,

Gesandter von Rosenberg

legte den Standpunkt der deutschen Regierung dar und führte u. a. aus: In den letzten beiden Jahren ist in dieser Kommission eingehend über die Handhabung des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund gesprochen worden. Dabei sind mannigfache

Mängel der geltenden Verfahrensvorschrift

zur Erörterung gekommen. Das seit der letzten Aussprache verflossene Jahr hat leider gezeigt, daß bei vielen Minderheiten von einer befriedigenden Gestaltung ihrer Lage keineswegs gesprochen werden kann.

Zu einigen konkreten Fragen führte der deutsche Vertreter aus: Bei den Beschwerden, die die Minderheiten an die Organe des Völkerbundes richten, wird

der Petent nicht als Partei angesehen,

sodaß ihm kein Anspruch auf Gehör im Laufe des Verfahrens zugebilligt wird. Insbesondere wird ihm keine Gelegenheit gegeben, zu den Bemerkungen der beteiligten Regierungen Stellung zu nehmen. Demgegenüber ist es höchst beachtenswert, wenn die [illegible]ional Law Association in ihren Entschließungen von 1930 und 1932 zum Ausdruck gebracht hat, daß die Notwendigkeit der Beachtung des Grundsatzes „audiatur et altera pars" auch dann Anerkennung finden müsse, wenn man das Petitionsverfahren nicht dem ordentlichen Rechtsgang angleichen wolle. Dem Petenten als dem Schwächeren darf nicht zu Gunsten der beteiligten Regierung als dem Stärkeren das letzte Wort versagt werden.

Der zweite Punkt ist

die Langsamkeit der Erledigung

von Minderheitsbeschwerden. Sehr oft würden die Schwierigkeiten gerade durch die Langsamkeit des Verfahrens vor dem Völkerbund vergrößert. Nur in den wenigsten Fällen erfährt

die Oeffentlichkeit,

zu welchem Ergebnis das Verfahren vor den Völkerbundsinstanzen bei der Prüfung von Minderheitsbeschwerden geführt hat. Diese [illegible]haltung ist aus einem Grunde bedauerlich. Einmal entsteht auf diese Weise nach außen hin ein falsches Bild von dem Stande des Minderheitenproblems und seiner Behandlung durch den Völkerbund, sodann würde aber eine größere Publizität erheblich dazu beitragen, den Schutz der Minderheiten wirksamer zu gestalten, und bei den Minderheiten das Gefühl der Sicherheit stärken.

Weiter behandelte der deutsche Vertreter die Frage, ob

von dem dokumentarischen Material eines Komitees in öffentlicher Verhandlung Gebrauch gemacht werden dürfe.

Entgegen der Stellungnahme anderer Mächte müsse darauf hingewiesen werden, daß die Rechtmäßigkeit eines solchen Verfahrens unbestreitbar sei. Es würde zu einer Schmälerung des Minderheitenschutzes führen, wenn die Befugnis, eine Verletzung der Minderheitsbestimmungen vor den Rat zu bringen, eingeschränkt würde. Ich möchte, so fuhr der deutsche Vertreter fort, des weiteren zur Erörterung stellen, ob es nicht ratsam sei, den Instanzen des Völkerbundes

ein permanentes Gremium von Persönlichkeiten zur Verfügung zu stellen,

die über die notwendige Sachkenntnis und Erfahrung verfügen und nicht von den Regierungen abhängig sind. Dieser Gedanke scheint mir die ernsteste Beachtung zu verdienen.

Zum Schluß erklärte der Gesandte von Rosenberg:

Ich glaube, daß nur bei einer wirksamen Garantie des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund die sich gegenwärtig vollziehende große geistige Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Volk und Staat in ruhigen und gedeihlichen Bahnen verlaufen wird. Die Nationalitätenfrage ist nicht ein Problem zwischen zwei Staaten, sondern zwischen zwei Völkern. Es handelt sich nicht um Machtfragen, sondern um die Frage des Verhältnisses zweier Kulturen zueinander.

Was andere sagen

In der Aussprache, die sich den Ausführungen des deutschen Vertreters anschloß, gab zunächst **der Vertreter Jugoslawiens** im Namen Griechenlands, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens die Erklärung ab, daß die genannten Länder es ablehnen müßten, die Rechte, die die Minderheitenverträge ausschließlich dem Völkerbundsrat vorbehalten hätten, der Völkerbundsversammlung und der politischen Kommission zu übertragen. Sie stünden demgemäß auf dem Standpunkt, daß die heutige Verhandlung nicht den Gegenstand einer Resolution bilden dürfe, die der Völkerbundsversammlung überwiesen würde.

Der Delegierte Norwegens, Andvor, forderte in einer längeren Rede den Ausbau des Minderheitenschutzverfahrens und stimmte weitgehend den Anregungen des deutschen Delegierten zu. Er erklärte, daß das Recht der Ratsmitglieder, eine Frage vor den Rat zu bringen, in keiner Weise eingeschränkt werden dürfe. Andvor machte den Vorschlag, daß die Dreierkomitees in ihren Berichten dem Rat nicht nur die Tatsachen, sondern auch die Motive schildern sollten.

Nach dem norwegischen Delegierten sprach **der Vertreter Dänemarks,** der sich weitgehend den Anregungen des norwegischen Delegierten anschloß.

Der Vertreter Ungarns erklärte seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des deutschen Delegierten.

Der polnische Außenminister Zaleski führte aus, daß man bei Schaffung des Minderheitenschutzsystems bezweckt habe, unter Aufrechterhaltung der Rechte der Ratsmitglieder jede direkte Intervention der Staaten auszuschalten. Man habe damals geglaubt, daß die Minderheiten abseits aller politischen Bewegungen behandelt werden könnten. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, daß dies nicht der Fall sei. Polen halte an seinem bisherigen Standpunkt fest, daß die Minderheitenschutzverpflichtungen auf alle Staaten, in denen Minderheiten lebten, ausgedehnt würden.

Auch **der Vertreter Oesterreichs** sprach sich für den Ausbau des Minderheitenschutzvertrages aus.

Der Vertreter Bulgariens betonte, daß das ungelöste Minderheitenproblem eine der Hauptursachen für Verstimmungen und Konflikte unter den Völkern bilde.

Später erklärte der deutsche Vertreter, **Gesandter von Rosenberg,** die Darlegungen verschiedener Delegationen hätten gezeigt, wieviel zur Verbesserung des gegenwärtigen Verfahrens vor den Völkerbundsinstanzen geschehen könne, ohne daß es notwendig sei, die bestehenden Verträge und Beschlüsse zu ändern.

Bei Besprechung der von Zaleski wiederum aufgeworfenen Frage der Generalisierung des Minderheitenschutzes erinnerte **der deutsche Delegierte** an die Erklärungen des deutschen Vertreters in der Völkerbundsversammlung im Jahre 1930, wonach Deutschland bereit sei, die Frage in positivem Sinne zu erörtern, vorausgesetzt, daß alle europäischen Staaten mit der Verallgemeinerung einverstanden seien. Auf keinen Fall aber dürfe die Generalisierung die Voraussetzung sein für die loyale Durchführung der jetzt bereits geltenden Minderheitsverträge. Deutschland habe nicht im Sinn, in der Handhabung der geltenden Minderheitsbestimmungen das bestehende Rechtsgebäude zu ändern. Es habe lediglich den Wunsch, auf die organische Fortentwicklung des heute geltenden Verfahrens zum Schutze der Minderheiten hinzuwirken. Der deutsche Vertreter zitierte zum Schluß aus dem Brief Clemenceaus vom Juni 1919 die Stelle, wo die Mächte sich feierlich verpflichten, den Schutz der Minoritäten im neuen Polen durch Garantien zu sichern.

Ein Bildtelegramm vom Riesenbrand im Hamburger Hafen



Auf dem englischen Motorschiff „Glenamoy", das gegenwärtig im Hamburger Hafen liegt, brach ein Großfeuer aus, das sich über sämtliche Laderäume des Schiffes verbreitete. Die Feuerwehr gab mit 23 Rohren von Löschzügen und Löschbooten Wasser — erst nach stundenlangen Bemühungen konnte man des rasenden Elementes Herr werden. Der Sachschaden ist außerordentlich hoch

Großfeuer im Hamburger Hafen

Auf dem am Schuppen 85 im Hamburger Hafen liegenden 7269 Br.-Reg.-Tonnen großen englischen Motorschiff „Glenamoy" brach Donnerstag früh Feuer aus, das sich in der Copraladung schnell verbreitete.

Der Feuerwehr gelang es gegen Mittag, den Brand in ihre Gewalt zu bekommen. Eine weitere Ausbreitung des Feuers wird nicht mehr befürchtet.

Amerikanisches

Der aus Mexiko ausgewiesene päpstliche Legat in Texas

Aus Laredo (Texas), 6. Oktober, wird gemeldet: Der aus Mexiko ausgewiesene päpstliche Legat ist, begleitet von Beamten des mexikanischen Geheimdienstes, im Sonderzug hier eingetroffen.

Bolivien erhebt eine Kriegssteuer

Aus La Paz wird berichtet: Die Regierung hat bekanntgegeben, daß sie fünf Jahre lang besondere Kriegssteuern erheben werde, um den Feldzug im Chaco-Gebiet gegen Paraguay fortsetzen zu können.

Der frühere Gouverneur von Sao Paulo verhaftet

Aus Rio de Janeiro kommt die Meldung: Der frühere Gouverneur von Sao Paulo, Pedro Toledo, ist auf Weisung der Bundesregierung verhaftet worden. Eine Kommission wird sich mit der Prüfung der Verantwortlichkeit der Führer der Aufständischen befassen. In Sao Paulo herrschen jetzt wieder normale Zustände. Die Bundesregierung hat die Zusicherung gegeben, daß sie größte Nachsicht üben und sich jeder Handlung, die etwa als eine Erniedrigung für Sao Paulo ausgelegt werden könnte, enthalten werde. Sie werde sich auf die unerläßlichen Maßnahmen in der Verwaltung und auf die Bestrafung der Hauptschuldigen beschränken, im übrigen aber sich für die Wiederherstellung der Ruhe und des Vertrauens einsetzen. Die Eisenbahnverbindung zwischen Rio de Janeiro und Sao Paulo wird wieder aufgenommen werden.

Washingtons Interesse

Aus Washington, 6. Okt., wird berichtet: Die Londoner Bemühungen, eine private Diskussion zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien herbeizuführen, um Deutschlands Rückkehr zur Genfer Konferenz zu erreichen, werden im Staatsdepartement mit Interesse und mit der Hoffnung verfolgt, daß sie von Erfolg gekrönt sein werden, da man hier nach wie vor die deutsche Beteiligung an den Beratungen zur Erzielung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung für wesentlich hält. Amerika, so hört man, sei zwar bisher nicht aufgefordert worden, sich an den Londoner Besprechungen zu beteiligen, es wäre aber möglich, daß man, falls Europa das wünschen sollte, einen Vertreter entsenden würde.

Die Reichszuschüsse bei Instandsetzung von Wohnungen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt unter dem 29. September zu den Bestimmungen über die Gewährung eines Reichszuschusses für Instandsetzung, Teilung und Umbau von Wohnungen Durchführungsbestimmungen erlassen und die Provinzialbehörden ersucht, sich dafür einzusetzen, daß die erforderlichen Anordnungen so schnell wie möglich getroffen werden.

Aus den Durchführungsbestimmungen sei u. a. erwähnt:

Ueber die Bewilligung von Reichszuschüssen entscheiden auf Antrag des Grundstückseigentümers die Gemeinden (Gemeindeverbände), die bisher für die Verwendung von Hauszinssteuermitteln für die Bautätigkeit zuständig waren. Im Einzelfalle kann bei Unterteilungen von Wohnungen und bei Umwandlung von gewerblichen Räumen in Wohnräume der Reichszuschuß neben der Steuervergünstigung gewährt werden. Bei Instandsetzungen soll im Regelfall nur eine der beiden Förderungsmaßnahmen Platz greifen. Bei der Teilung von Wohnungen gilt ein Zuschuß nur dann als gerechtfertigt, wenn mit einer rentablen Verwertung der Teilwohnungen gerechnet werden kann. Die Gewährung des Reichszuschusses tritt an die Stelle der Bewilligung von Zinszuschüssen des Reiches. Soweit Zinszuschüsse bereits fest zugesagt sind, werden die erforderlichen Mittel hierfür noch zur Verfügung gestellt werden. Zum Ausgleich von Härten ist bestimmt worden, daß für die vor dem 25. September begonnenen Arbeiten noch Zinszuschüsse bewilligt werden können, wenn der Antrag innerhalb einer von der Gemeinde (Gemeindeverband) festzusetzenden kurz bemessenen Frist gestellt wird.

Kleine politische Nachrichten

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches

betrug am 31. August 1932 1908,8 Mill. RM gegenüber 1942,3 Mill. RM am 31. 7. 1932.

Prof. Hesnard abberufen

Der fast seit Kriegsende als Presseattachee der französischen Botschaft in Berlin tätige Prof. Dr. Oswald Hesnard, der namentlich in der Zeit der Briand-Stresemannschen Zusammenarbeit als Vermittler wie als Dolmetscher ihrer Unterhaltungen eine bedeutende Rolle gespielt hat, verläßt, wie wir erfahren, mit Anfang nächsten Jahres seinen Posten, um das Rektorat der Universität Grenoble zu übernehmen und seine philosophischen und philologischen Studien schriftstellerisch und als Universitätslehrer zu verwerten.

Waffensuche bei sächsischen Nationalsozialisten

Eine Waffensuche bei Mitgliedern der NSDAP in den Orten Zwickau, Werdau, Glauchau, Planitz und Oberhohndorf förderte im ganzen 20 Handwaffen zutage. 50 Personen wurden zunächst festgenommen, die Hälfte von ihnen wurde entlassen.

Die aufgelöste griechische Militärliga

faßte nach ihrer Auflösung den Beschluß, den Inhalt ihrer Kasse in Höhe von 25 000 Drachmen dem Erzbischof von Athen für die Unterstützung der Opfer des Erdbebens von Chalkidike zur Verfügung zu stellen.

Französisches

Steuerstreikdrohung der Landwirte

Eine Delegiertenversammlung landwirtschaftlicher Vereinigungen in Paris beschloß, in den Steuerstreik zu treten, wenn ihren agrarpolitischen Forderungen nicht Genüge getan werde. Zahlreiche Teilnehmer an der Versammlung drangen später in die Warenbörse ein, um an den Tafeln der Makler die Kurse auszuwischen als Protest gegen die Preisgestaltung. Die Polizei räumte die Börse und nahm zwei Personen in Haft.

Das französische Parlament

soll laut Havas bereits Ende Oktober wieder zusammentreten und nicht erst, wie früher behauptet, Mitte November. Die Regierung habe, so heißt es in dieser Nachricht, die Verpflichtung übernommen, vor der Verabschiedung des Budgets Fragen der Außenpolitik und bestimmte wichtige Gesetzentwürfe zur Debatte zu stellen.

Studienreise eines französischen Abgeordneten nach Sowjet-Rußland

Der Abgeordnete Baron, Vorsitzender des Bergwerksausschusses der französischen Kammer, hat auf Einladung der Sowjetregierung eine 35-tägige Studienreise nach Rußland unternommen, bei der er namentlich die Petroleumvorkommen von Grosnyi, Baku und Batum besuchte. Er hatte auch mit verschiedenen russischen Politikern, darunter Litwinow, Unterredungen. Baron hat dem Ministerpräsidenten Herriot über seine Reise Bericht erstattet und ihm eine Denkschrift über die französisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen überreicht.

Groener über „Aktuelle Wehrfragen"

Im Demokratischen Klub in Berlin sprach Reichswehrminister a. D. Groener über „Aktuelle Wehrfragen". Der Minister nahm eingehend zu dem Abrüstungsmemorandum der Reichsregierung Stellung und erklärte, daß der Inhalt der Forderungen der Reichsregierung auch von ihm schon seit langem vertreten worden sei. Deutschland fordere Abrüstung und Gleichberechtigung. Es müsse in die Lage versetzt werden, seine Grenzen zu verteidigen. Hierfür sei aber eine Aenderung des Wehrsystems entscheidend. Deutschlands gegenwärtige Reichswehr sei trotz hervorragender Leistungen nicht in der Lage, allen Aufgaben des Landes- und Grenzschutzes gerecht zu werden.

Notwendig sei, eine auf allgemeiner Wehrpflicht beruhende Miliz mit kurzer Ausbildungszeit, insbesondere in den Grenzgebieten, neben die Reichswehr zu schalten.

Die Dienstzeit der Reichswehr müsse herabgesetzt werden. Dadurch würden auch genügend Mittel frei, um die Aenderung des Wehrsystems ohne wesentliche Mehrkosten herbeizuführen. Diese Forderungen bedeuteten keine Aufrüstung, sondern lediglich die Herstellung der einfachsten Voraussetzungen der Landesverteidigung. Der Minister bekannte sich zu den Gedankengängen von Immanuel Kant im „Traktat zum ewigen Frieden", erklärte aber, daß heute, weit über 100 Jahre nach Kant, mehr denn je eine große Kluft zwischen diesen idealen Zielen und der harten Wirklichkeit klaffe. Die Aufgabe, Deutschlands Wehrforderungen durchzusetzen, liege bei der Politik. Von der Klugheit der Staatsmänner werde es abhängen, ob sie gelinge.

Freispruch im Röntgenstraßeprozeß

Nach mehrstündiger Beratung sprach die Erste Kammer des Sondergerichtes in Berlin unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Tolk die neun kommunistischen Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. Es handelte sich um den Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am 29. August ds. Js. in der Röntgenstraße in Charlottenburg, in dessen Verlauf der Nationalsozialist Gatschke erschossen und zwei andere verletzt wurden.

In der Begründung des Freispruches führte das Gericht aus, daß die Vorfälle recht ungeklärt geblieben seien. Daß sowohl von den Kommunisten als auch von den Nationalsozialisten geschossen worden sei, stehe fest, aber es sei unklar, wer den ersten Schuß abgegeben habe. Da weder Landfriedensbruch noch Zusammenrottung zum Zwecke von Gewalttätigkeiten vorliege, hätten die Angeklagten in vollem Umfange freigesprochen werden müssen.

Die Frankfurter Universitätskrawalle vor Gericht

Die Große Strafkammer in Frankfurt (Main) verurteilte den 18jährigen Studenten Albert Haaß zu sechs Monaten einer Woche und den 26jährigen Studenten Alfred Graf zu sechs Monaten Gefängnis. Eine Entscheidung über Bewährungsfrist behielt sich das Gericht nach weiteren Ermittlungen vor.

Die beiden, bisher unbescholtenen Angeklagten, die das Rechtsstudium betreiben, beteiligten sich aktiv an den Vorgängen, die sich am 22. Juni in der Universität Frankfurt abspielten. Am Tage vorher hatte der Rektor das generelle Uniformverbot für die Räume der Universität und die angrenzenden Baulichkeiten erlassen. Am Vormittag des folgenden Tages kam es zu einem erheblichen Krawall, der die sofortige Schließung der Universität zur Folge hatte. Ende Juli waren die disziplinarischen Untersuchungen über die Krawalle zu Ende geführt. In dem abschließenden Urteil des Senats wurde die Entfernung zweier nationalsozialistischer Studenten von der Universität Frankfurt verfügt, zwei Studenten wurden mit der Androhung der Entfernung, zwei mit einem Verweis bestraft und zwei freigesprochen. Nebenher lief dann das Strafverfahren wegen Landfriedensbruches gegen die beiden jetzt verurteilten Angeklagten, die der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehören, Haaß als SA.-Mann, Graf als SS.-Mann.

Ein Postrekord

Pernambuco—Hamburg in 3½ Tagen

Die vom „Graf Zeppelin" auf seinem jüngsten Südamerikaflug, der am 4. Oktober in Friedrichshafen endete, mitgeführte Post hat für die Zustellung von Pernambuco nach Hamburg nur 3½ Tage benötigt. Die Hamburger Post wurde von Friedrichshafen mit Sonderflugzeug nach Stuttgart-Böblingen gebracht, und von dort mit dem fahrplanmäßigen Lufthansa-Flugzeug weitergeleitet. Ein Sonderkraftwagen brachte die Post vom Hamburger Flughafen in die Innenstadt, von wo die Zustellung mit besonderem Zubringerdienst erfolgte. Diese Art der Zustellung soll, wie verlautet, beibehalten werden, um den Postkunden von den Vorteilen der Luftbeförderung mit dem deutschen Zeppelin-Luftschiff zu überzeugen.

Herriots Beweise:

Papptanks und Zugmaschinen der Landwirte!

Der Genfer Berichterstatter des „Daily Herald" macht Andeutungen über den Inhalt der französischen Aktensammlung über die angeblichen deutschen Geheimrüstungen. U. a. werde in den Akten festgestellt, was alle Welt wisse, nämlich, daß das deutsche Heer mit Papptanks und anderen „verbotenen Waffen" übe. Hieraus werde die Folgerung gezogen, daß Deutschland auch Bestände an wirklichen Tanks usw. haben müsse. Ferner werde Klage darüber geführt, daß die deutschen Polizeikräfte in weitem Ausmaß auf militärischer Grundlage organisiert seien und zusammen mit der Reichswehr „Stoßtruppen" bilden. Ihr Vorhandensein beweise eine Angriffsabsicht Deutschlands. Der Stahlhelm und ähnliche Organisationen würden eine Reserve von 600 000 „ziemlich gut ausgebildeten" Leuten stellen, von denen man glaube, daß sie moderne militärische Ausrüstung hätten. Weiter werde in den französischen Akten erklärt, daß Deutschland genügend leichte Waffen — Maschinengewehre und leichte Artillerie (Waffen, die unter dem Versailler Vertrag erlaubt seien) für ein Heer von 800 000 Mann habe. Die Zivilflugzeuge könnten sofort mobil gemacht und die landwirtschaftlichen Zugmaschinen sofort in Tanks verwandelt werden.

Der Genfer Berichterstatter schreibt hierzu, daß Herriot seine Absicht, die Aktensammlung dem Völkerbund vorzulegen, sich klugerweise noch einmal überlegt habe, denn sie seien keine Schriftstücke, die im Ernst als Grundlage für eine Völkerbundsuntersuchung hätten dienen können.

Aus dem britischen Reich

Freude in Dublin

Aus Dublin, 6. Okt., wird gemeldet: Die Nachricht von der Wiederaufnahme der englisch-irischen Verhandlungen wird in Dublin mit Freude begrüßt. Obwohl die Basis der neuen Verhandlungen nicht bekannt ist, hofft man unter den Anhängern De Valeras, daß Großbritannien bereit sein könnte, gegen ein Versprechen De Valeras, daß Irland innerhalb des britischen Reiches verbleiben werde, auf einen Teil der Landannuitäten und andere Forderungen an den irischen Staat zu verzichten. Die zwölfprozentige Subvention für Viehexporte nach England, die heute in Kraft trat, hatte eine große Belebung der Ausfuhr zur Folge, die in den letzten Monaten infolge der britischen Zölle auf ein Minimum zurückgegangen war. Tausende Stück Vieh wurden verladen und viele Schiffahrtsunternehmen mußten besondere Schiffe einstellen.

Beschlüsse der Arbeiterpartei

Die Konferenz der Arbeiterpartei in Leicester trat dafür ein, daß eine künftige Arbeiterregierung streng sozialistische Politik betreibe. Das frühere Mitglieder der Arbeiterregierung, Sir Charles Trevelyan, brachte einen Antrag ein, der verlangt, daß die Regierung sofort eine sozialistische Gesetzgebung und Maßnahmen zur Nationalisierung der Schlüsselindustrie durchführe. Die letzte Arbeiterregierung, erklärte er, habe ihre Aussichten vergeudet, weil Macdonalds vorsichtige Methoden predigte. Henderson, der die Konferenz dringend warnte, ihre Hände in dieser Weise zu binden und die Entschließung als einen großen Fehler bezeichnete, versuchte vergebens, sich mit lauten Protesten Gehör zu verschaffen.

Tagung der Reederei-Besitzer

Die Inhaber der bedeutendsten englischen Reedereien haben sich in geschlossener Sitzung mit der Frage der überschüssigen Welttonnage beschäftigt. Da es den internationalen Reedereien während des vergangenen Jahres nicht gelungen war, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, mußte das gesamte Problem noch einmal behandelt und ein vollständig neuer Plan der Beratung unterzogen werden. Falls dieser neue Plan, der eine staatliche Unterstützung vorsieht, angenommen wird, so dürfte mit einer neuen internationalen Konferenz zu rechnen sein.

Jahrestagung der englischen Konservativen

In Anwesenheit von 1700 Delegierten Großbritanniens und Nordirlands wurde die alljährliche Konferenz der nationalen Vereinigung der Konservativen unter dem Vorsitz des Grafen Howe eröffnet. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Regierung zur Aufstellung der Präferenzgrundsätze für das Imperium beglückwünscht.

Der erste türkische Sprachkongreß

In Konstantinopel endete nach zehntägiger Dauer der erste türkische Sprachkongreß, den der Präsident der Großen Nationalversammlung, Kjasim Pascha, geleitet hatte. Unter den Zuhörern saß auch der Präsident des Freistaates, Gasi Mustafa Kemal, der Tag für Tag zu den Verhandlungen erschien.

Der Kongreß faßte wichtige Beschlüsse, so z. B. in bezug auf vergleichende Forschungen zwischen der türkischen Sprache und älteren indogermanischen und semitischen Sprachen. Die geschichtliche Sprachentwicklung und die Entstehung der türkischen Dialekt-Worte soll erforscht werden. Es sollen bearbeitet werden ein türkisches Wörterbuch sowie Wörterbücher der wissenschaftlichen und technischen Fachausdrücke, ferner eine türkische Grammatik. Staat und Volk sollen gemeinsam bemüht sein, die türkische Sprache von den Einflüssen fremder Sprachen zu befreien. Der Kongreß schuf eine Satzung und wählte das Zentralkomitee für eine türkische Sprachstudiengesellschaft, die unter dem Patronat des Gast stehen und deren Ehrenpräsident der Unterrichtsminister sein wird. Die Studiengesellschaft soll ihren Sitz in Ankara haben. Der Kongreß wird alle zwei Jahre zusammentreten.

Wird das Völkerbundssekretariat reformiert?

Abwartende Haltung Deutschlands

Im Budgetausschuß der Völkerbundsversammlung, der sich mit der Reform des Völkerbundssekretariats beschäftigt, erklärte der deutsche Delegierte **Freiherr von Rheinbaben**, es scheine, daß keine Einigung über das ganze Problem vor der bevorstehenden Wahl eines Generalsekretärs erzielt werden könne. In diesem Falle werde die deutsche Delegation in Würdigung der Erklärungen des Generalsekretärs für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes stimmen müssen, daß nämlich der Generalsekretär ohne die Untergeneralsekretäre aus Staatsangehörigen der ständigen Ratsmächte gewählt werden. Diese Stellungnahme soll nicht die sofortige Durchführung einer gewissen Anpassung oder eines Ausbaues des gegenwärtigen Systems verhindern.

Für Verfassungsänderung

Der Deutsche Industrie- und Handelstag befaßte sich in seiner Hauptausschußsitzung mit der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage. Auf Grund einleitender Vorträge von Präsident Dr. Grund-Breslau, Fabrikant Dr. Vögele, Vizepräsident der Handelskammer München, und Dr. Hamm führte die Erörterung zu dem Ergebnis, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag die Zielsetzung der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die die Wirtschaftsdepression vor allem durch Anregung und Stärkung der privatwirtschaftlichen Kräfte überwinden will, für grundsätzlich richtig halte. Es sei dringende Pflicht der gewerblichen Unternehmer, die hier gebotenen Möglichkeiten nach besten Kräften zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit auszuwerten. Es sei Sache der Regierung, die große Linie dieser Wirtschaftspolitik unbeirrt fortzuführen und dahin zu wirken, daß den positiven sozialen Zielen dieser Politik von allen Beteiligten unvoreingenommen Rechnung getragen werde. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen müßten aber so gestaltet werden, daß sie auch für den gewerblichen Mittelstand volle Wirksamkeit erlangten.

Was die handelspolitischen Fragen anlangt, so stünden die Maßnahmen der Einfuhrhemmung, die neue Hemmungen für die deutsche Ausfuhr nach sich ziehen würden, im Gegensatz zu der auf Ueberwindung der Arbeitslosigkeit gerichteten Politik. Derartige Maßnahmen würden der Landwirtschaft nicht helfen. Die möglichste Erhaltung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit für Ausfuhr sei nicht etwa eine Sache internationaler Ideologie, sondern ein Erfordernis der Beschäftigung deutscher Menschen in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Es sei daher vordringliche Aufgabe der Reichsregierung, die gegebenen handelspolitischen Möglichkeiten offen zu halten.

Weiter sei es geboten, möglichst bald zu voller Sicherung der Rechtsverhältnisse zurückzukehren, die Notwendigkeit der Wiederkehr einer vollverantwortlichen, subventionslosen Privatwirtschaft nicht außer acht zu lassen und schließlich wieder die notwendige innenpolitische Stetigkeit zu gewinnen. Dazu sei es mehr als notwendig, jenseits parteipolitischer Gegensätze den in weitesten Kreisen unseres Volkes vorhandenen Willen zu sachlicher Arbeit lebendig und fruchtbar zu machen. Um diese Kräfte sicherer zur Wirksamkeit zu bringen, seien wichtige Aenderungen der Reichsverfassung unerläßlich notwendig geworden, namentlich eine enge Zusammenfassung der Reichsgewalt und der preußischen Staatsgewalt sowie eine organische Gestaltung des Verhältnisses der Reichsgewalt zu den neben Preußen weiterhin bestehenden Ländern.



Sanella
MARGARINE

½ Pfd
32 ₰

Deutschlands meistgekaufte Margarine

Zu jedem ½ Pfd. Sanella Margarine gibt's jetzt ein schönes buntes Sportbild. Zum Einkleben der Bilder wurde das „Handbuch des Sports" geschaffen. Sie bekommen es für 70 Pfennig in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften oder von „Sanella", Postfach 125, Berlin C 2, gegen Einsendung von 70 Pfennig in Briefmarken.

An die Kreisbevölkerung
Helft die Not lindern!

Wieder stehen wir vor einem Winter der Not, der Entbehrung und der Verzweiflung. Viele tausende Kreiseingesessene, die infolge der immer noch größer werdenden Wirtschaftskatastrophe zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit verurteilt sind, bangen in tiefster Sorge um die dringendsten Lebensbedürfnisse, um Kleidung, Heizung und Brot. Der ungeheure Umfang der Arbeitslosigkeit hat den **Gemeinden und Gemeindeverbänden** so starke finanzielle Opfer auferlegt, daß sie kaum noch in der Lage sind, die notwendigen Barunterstützungen für die Wohlfahrtserwerbslosen aufzubringen; **an eine Durchführung von besonderen Winterhilfsmaßnahmen durch Gemeinden und Gemeindeverbände ist daher in diesem Winter wegen des völligen Fehlens von finanziellen Mitteln leider nicht zu denken.**

Zur Linderung der vorhandenen großen Not muß daher in den kommenden Wintermonaten **noch** stärker als in den früheren Jahren schnell und tatkräftig

die freiwillige Liebestätigkeit

eingreifen. Wie in früheren Jahren, sind auch in diesem Jahre in allen Gemeinden des Kreises Notgemeinschaften geschaffen worden, die an die Bevölkerung durch die Unterzeichneten die herzliche Bitte richten, durch Bereitstellung von Gaben aller Art und durch finanzielle Mittel ihre charitativen Bestrebungen unterstützen zu helfen. **Jeder, der noch Einkommen hat, Jeder, der noch im Verdienst steht, muß sich verpflichtet fühlen, seinen notleidenden Mitmenschen, die teilweise schon seit Jahren am Notwendigsten Mangel leiden, zu helfen, soweit es in seinen Kräften steht.** Wer Bargeld geben kann, gebe es der Notgemeinschaft, wer dazu nicht in der Lage ist, helfe durch Spenden von Lebensmitteln, Kleidungsstücken oder Heizmaterial.

Tatkräftige Hilfe für die Notleidenden soll und darf aber nicht nur Aufgabe des Einzelnen sein. Auch die vielen Vereine, die in den einzelnen Kreisorten bestehen, bitten wir um tatkräftigste Unterstützung unserer Bestrebungen. Auch an sie ergeht der Appell, sich mit zur Verfügung zu stellen, um in echter Volksgemeinschaft Dienst am notleidenden Mitmenschen zu leisten. Wenn alle, die noch helfen und geben können, guten Willens sind, dann wird es möglich sein, auch im kommenden schweren Notwinter allen Notleidenden, die Hilfe brauchen, Hilfe zu bringen.

Gaben **aller** Art und finanzielle Beihilfen werden von den örtlichen Nothilfegemeinschaften, sowie den unterzeichneten Bürgermeistern gerne entgegengenommen.

Opladen, den 6. Oktober 1932.

Trimborn, Landrat

Die Bürgermeister:

Ballke, Dabringhausen	**Dr. Brühl**, Opladen
Dr. Claes, Leverkusen	**Drexel**, Wermelskirchen
Gerhardt, Leichlingen	**Kreusch**, Langenfeld
Leyhausen, Hückeswagen	**Dr. Müller**, Hitdorf
Rohde, Burscheid	**Schomburg**, Radevormwald
Schürholz, Monheim	**Vaupel**, Witzhelden
Voos, Berg. Neukirchen	**Zimmermann**, Burg a. d. Wupper.

Bekanntmachung

Die städtischen Verwaltungsbüros (außer Stadt- und Sparkasse) sind am Montag, den 10. Oktober d. Js., wegen der an diesem Tage stattfindenden Personenstandsaufnahme für den Publikumsverkehr geschlossen. Das Standesamt ist von 10 bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Burscheid, den 5. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Berechtigtes Aufsehen
wird



unser nächster Roman, erregen.
Machen Sie Ihren Gatten darauf aufmerksam!

Weine Weinbrand Liköre
Fernruf 601 **P. Hamacher, Burscheid** Hauptstr. 1b
Alter Berg. Korn .... o. Gl. Liter **2.25 RM**

Kasino Dierath
Freitag, den 7. Oktober, abends 8.30 Uhr,
Monats-Versammlung
Tagesordnung:
1. Zahlung der Bezüge und des Jahresbeitrages.
2. Neuaufnahme.
3. Bestellungen.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Rh. Bauern-Verein
Ortsverein Burscheid.

Die Mitglieder, welche noch Kalk und Knochenmehl haben wollen, müssen sich bis Sonntag beim Schriftführer E. Zimmermann melden.

Der Vorstand.

Bauholz
Bretter
Dielen, Latten, Rahmen u. Fußboden in allen vorkommenden Breiten und Stärken
Fußleisten, Spalierlatten Kalk-, Hohl- und Tapeten-Leisten
zu den billigsten Tagespreisen stets vorrätig
Oskar Heinrichs
Holzhandlung u. -Bearbeitung
Burscheid, Fernspr. 520.

Der bestellte
Düngekalk
kann an meinem Lager abgeholt werden.
Wilhelm Haas
Burscheid, Fernspr. 595.

Schöne
2 ZIMMER-WOHNUNG
mit Mansarde per 1. November zu vermieten.
Otto Riemscheid
Burscheid, Hauptstraße.

Friseur-Lehrling
sofort gesucht.
Schriftl. Angebote unter 1000 an das Wermelskicher Tageblatt, Wermelskirchen.

4 Zimmer-Wohnung
sofort oder 1. Dezember gesucht.
Angebote unter „A 100" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

2 Zimmer-Wohnung
sofort oder später an ruhige ältere Leute zu vermieten.
Emil Schmitz, Hilgen
Kleinbrucherstraße

Wohnung
in Kleinhamberg, 4 Zimmer mit Scheune, Garten u. Baumhof sofort oder später zu vermieten
Angebote unter „S 2" an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Schöne
3-4Zimmer-Wohnung
zum 1. Januar zu vermieten.
Fritz Pilgram, Burscheid
Luisenstraße.

. . . Reklame, die alles treibende Kraft

Jagdverpachtung

Nachdem gegen die Art der Jagdverpachtung und die Pachtbedingungen Einsprüche nicht erhoben worden sind, soll die Jagdnutzung auf den Grundstücken im hiesigen, 3741 Hektar = 14652 Morgen umfassenden Gemeindebezirke am

Montag, 24. Oktober 1932, nachm. 4 Uhr

im Saale des Gasthofs zur Eich (Inh. Herr Franz Jörgens, Eich) für die Dauer von 9 Jahren und zwar vom 1. Februar 1933 bis 31. Januar 1942 in 7 Bezirken öffentlich meistbietend zur Verpachtung ausgestellt werden.

Die Einteilung in 7 Bezirke ist so erfolgt, daß jeder derselben vom Bahnhof Wermelskirchen und außerdem 2 vom Bahnhof Berg. Born und 3 vom Bahnhof Hilgen und Tente schnell und bequem zu erreichen sind.

Jeder Pächter muß Mitglied des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins oder einer andern großen Jägervereinigung und gegen Jagdhaftpflicht versichert sein.

Wermelskirchen, den 19. September 1932.

Der Jagdvorsteher.
J. V.: Keller, Beigeordneter.

Achtung! Achtung!
Geschäfts-Eröffnung
Den geehrten Bewohnern von Burscheid und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich in **Burscheid, Hauptstr. 35** (früher Drogerie A. Lonnoy) ein **Spezial-Geschäft für Feinmechanik** eröffnet habe
Ich empfehle:
Fahrräder, Nähmaschinen, Büro-Maschinen, Sprechmaschinen, Radio mit Zubehör, elektr. Geräte und Lampen, Wasch-, Wring- und Mangelmaschinen, Zentrifugen, Herde, Oefen usw.
Näh-, Stopf- und Strick-Unterricht wird kostenlos erteilt. - Mein Prinzip: Gute Ware, billige Preise.
Ausführung sämtlicher Reparaturen in eigener Werkstatt.
HOCHACHTUNGSVOLL
Hugo Schmitter Burscheid
Hauptstraße 35

MLB
MODERNE LICHTBÜHNE BURSCHEID

Freitag 8.15 Uhr, Samstag 8.15 Uhr
Sonntag ab 3 Uhr, Montag 8.15 Uhr
Lilian Harvey - Willy Fritsch - Conrad Veidt
mit LIL DAGOVER in
Der Kongreß tanzt
Ein Ereignis für Burscheid — Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder . . .
Dazu das große
Ufa-Beiprogramm
Jugendliche haben Sonntag nur in der ersten Vorstellung Zutritt.

LICHTSPIELHAUS HILGEN
bringt am Samstag und Sonntag
TINO PATTIAA in dem historischen Tonfilm
Fra Diavolo
Der Schrei aus dem Tunnel
Sensationsfilm in 7 Akten
Ton-Lustspiel **Kulturfilm**

Groß-Hsinghausener Herbst-Kirmes
Sonntag, den 9. Oktober, findet bei mir gemeinschaftliches
Kaffeetrinken
(mit Schlachtplatten) und anschließendem
Ball
statt, wozu freundlichst einladet:
J. Jungmann

Drucksachen
zu billigsten Preisen liefert die Buchdruckerei d. Zeitung

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 236 2. Blatt Freitag, 7. Oktober 1932

Zeit der Obsternte . . .

Wir haben es längst gemerkt, daß die goldenen Tage des Sommers schwanden. Schon ehe das Kalenderdatum es anzeigte, gingen herbstliche Schauer über das Land und an manchen Tagen war es ratsam, sich wärmer anzuziehen als sonst. Auf den Bergen, in den Wäldern und Gärten beginnt nun ein Brennen und Glühen. Der Herbst setzt seinem Aquarell die letzten leuchtenden Farben auf. Bäume und Flora bereiten sich vor auf die Tragik des Welkens. Mit letztem Aufflammen goldroter Farben rüstet die Landschaft zum Winterschlaf.

Und doch haben wir noch eine schöne Gabe zu erwarten: Die beglückende Pracht der Herbstfrüchte. Goldgelbe und graue Birnen, prallrote Aepfel und Pfirsiche laden zum Genießen ein. Froh sind die Blicke derjenigen, die an die behangenen Bäume ihre Leitern stellen. Mit leeren Körben eilen sie hinauf, mit vollen steigen sie den Segen überschauend wieder ab. Wohlverpackt gehen unzählige Arten und Mengen Obst hinaus in alle Gegenden nah und fern. Ueberall gibt es ein Tischlein Deck Dich von aromatischen Früchten. Die Hausfrau sorgt mit einer Emsigkeit ohnegleichen. Vor ihr häufen sich Berge von Früchten. Es muß für die langen Tage des Winters gesorgt werden.

Nun raunt der Herbst in Strauch und Baum und singt von köstlichem Segen. Zumeist haben die Bäume des Jahres zwar mäßige Erfüllung hergegeben. Da wird er nun bald durchs Geheg fahren, der Herbststurm, und die letzten Ueberbleibsel mit dem welkenden Laub abschütteln.

Das Programm in unseren Kinos

„Der Kongreß tanzt"

nun auch in Burscheid und zwar am heutigen Freitag, Samstag, Sonntag und Montag in der Modernen Lichtbühne hierselbst. Diesen guten Griff wird Herr Ludwig Fötsch sicherlich nicht zu bereuen haben, denn dieser köstliche Tonfilmschlager hat seinen Siegeszug durch die ganze Welt angetreten. Wer kennt nicht seine Lieder „Das muß ein Stück vom Himmel sein . . .", „Das gibts nur einmal . . ." usw., die heute jedes Kind singt. Und dann erst die Darsteller: Lilian Harvey, Willy Fritsch, Conrad Veidt, Lil Dagover, alles Lieblinge des Publikums, wer wollte da fehlen. Die Ufa hat alles, was gut und teuer ist, für diesen herrlichen Film aufgeboten, der ein unvergeßliches Schauspiel bietet von bezaubernder Prachtentfaltung, vom glanzvollen Leben und prunkvollen Treiben am Hofe zu Schönbrunn, umwoben von den feinen Fäden der hohen Politik um 1814. Es ist ein Werk, das jung und alt in vollen Zügen genießen, dem eine Handlung zugrunde liegt, wie man sie bisher noch in keinem Film sah, wie sie entzückender und witziger nicht zu denken ist, umschmeichelt von unsterblichen Wiener Walzermelodien.

Neben diesem einzigartigen Filmwerk kommt auch noch ein großes Ufa-Beiprogramm zur Wiedergabe.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Das Lichtspielhaus Hilgen

bringt in seinen Vorstellungen am morgigen Samstag und Sonntag wiederum ein sehenswertes Programm, in dem der historische Tonfilm „Fra Diavolo" besonderer Erwähnung verdient. Er schildert eine italienische Begebenheit aus dem 18. Jahrhundert frei nach der bekannten gleichnamigen Oper von Scribe und Auber. Daneben läuft dann noch der packende Sensationsfilm „Der Schrei aus dem Tunnel" sowie ein Tonlustspiel und ein interessanter Kulturfilm.

Näheres im heutigen Anzeigenteil.

Die Lage der Schweinehaltung

Die vorläufigen Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamtes zeigen folgendes Ergebnis der Schweinezählung vom 1. September 1932:

Altersklassen	1. Sept. 1932	1. Sept. 1931	Mehr (+) oder weniger (—) im Sept. 1932 gegen Sept. 1931
	in Millionen Stück		v. H.
Gesamtschweinebestand . . .	24,18	25,35	— 4,6
darunter:			
Schlachtschweine (1/2 bis 1 Jahr alt)	4,87	4,77	+ 2,1
Jungschweine (8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alt) . .	10,34	10,98	— 5,8
Ferkel (unter 8 Wochen) . .	6,33	6,80	— 7,0
Trächtige Sauen	1,09	1,18	— 7,7
Sauen insgesamt	2,08	2,23	— 6,9
Jungsauen (1/2 bis 1 Jahr) .	0,52	0,57	— 9,2

Der Gesamtbestand an Schweinen weist gegenüber dem Rekordbestand des Vorjahres einen Rückgang von 4,6 Prozent aus. Die rückläufige Bewegung hat sich somit weiter fortgesetzt, sie vollzieht sich jedoch viel langsamer als früher.

Besonders beachtlich ist, daß der Bestand an über 1/2 Jahr alten Schlachtschweinen wider Erwarten noch zugenommen hat (um 2,1 Prozent). Dagegen ist der Bestand an Jungschweinen (um 5,8 Prozent), Ferkeln (um 7 Prozent), trächtigen Sauen (um 7,7 Prozent), und besonders an Jungsauen (um 9,2 Prozent) gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen.

Die dadurch bedingte Verkleinerung der Zahl der im nächsten Jahr zum Markt kommenden Schweine ist so gering, daß sie voraussichtlich durch die zu erwartende Gewichtssteigerung und durch ein Mehrangebot an Schlachtrindern und -kälbern ausgeglichen wird; es wird also die gesamte Angebotsmenge am Fleischmarkt kaum kleiner sein als im Vorjahre.

Von der Angebotsseite her dürfte demnach für die nächste Zukunft eine nachhaltige Preisbesserung noch nicht zu erwarten sein. Eine solche kann vielmehr nur eintreten, wenn durch Wiederankurbelung der Wirtschaft die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung und damit die Nachfrage am Vieh- und Fleischmarkt wieder gesteigert wird.

Bei der guten Futtermittelernte wird für die kartoffel- und getreidebauenden Landwirte die Schweineproduktion vielfach die einzige Verwertungsmöglichkeit des Futterüberflusses darstellen. Diese Betriebe werden nicht selten sogar zu einer Ausdehnung der Schweineproduktion gezwungen sein. Um so größere Vorsicht ist für die futterkaufenden Schweinehalter geboten.

Mehr Vogelschutz

Die Nachwirkungen des Weltkrieges haben dem deutschen Obst- und Gartenbau einen großen Aufschwung gebracht. Die in den letzten Jahren ständig im Zunehmen begriffene Nachfrage nach den Erzeugnissen des heimischen Obst- und Gartenbaues hat in weiten Kreisen der Bevölkerung ein wachsendes Interesse wachgerufen.

Viele Neuanlagen von Obstpflanzungen und Gärten sind entstanden. Dazu kommen die vielen Kleinanlagen bei den neu entstandenen und noch zu schaffenden Wohnungen und ländlichen Siedlungen. Obst- und Gartenbauvereine bestehen heute in den meisten Orten und sind bestrebt, ein zielbewußtes und praktisches Vorgehen bei ihren Mitgliedern zu sichern und Fehlgriffe in Anlagen und Hilfsmitteln zu verhindern.

Eine ganz besonders wichtige Frage für jeden Obstzüchter und Gartenfreund ist heute die der wirksamen Schädlingsbekämpfung. Die hohen Werte aller Erzeugnisse des Obst- und Gartenbaues führen in verstärktem Maße zu dem Bestreben des einzelnen, seine Anlagen von Schädlingen möglichst verschont zu sehen und in Bezug auf Menge und Güte vollwertige Ernte-Ergebnisse zu erzielen. Für die Bekämpfung sind in den letzten Jahren unendlich viel chemische Mittel aufgetaucht, die jedoch nur von vorübergehendem Erfolg sein können.

Auch pflegen diese Mittel meist erst dann zur Anwendung zu kommen, wenn sich ein stärkeres Auftreten von Schädlingen bereits bemerkbar macht. Hier ist ein dauernd vorbeugendes Mittel von unbedingt sicherer Wirkung von ganz besonderer Bedeutung, und das haben wir schon in der sachgemäßen Ausübung eines praktischen Vogelschutzes.

Die Mithilfe der Vögel bei der Schädlingsbekämpfung ist gar nicht zu entbehren. In erster Linie durch die Vögel steuert die Natur einem übermäßigen Auftreten der vielen Schädlinge, und ganz besonders sind es hier wieder die insektenfressenden Höhlenbrüter, deren sich die Natur zur Kurzhaltung der tierischen Schädlinge bedient.

Ein Meisenpaar mit seiner Nachkommenschaft vertilgt jährlich wenigstens 15 000 Raupen oder 1 1/2 Zentner Insekten oder 120 Millionen Insekteneier. Wo viele Vögel angesiedelt sind, werden Schädlinge niemals übermäßig auftreten können. Diese Tatsache haben viele Tausende Besitzer von Obstpflanzungen gemacht, indem sie den zuverlässigen Helfern Wohn- und Nistgelegenheit schafften und ihrer auch im Winter nicht vergaßen.

Hohle und morsche Bäume werden heute kaum noch irgendwo geduldet, und so fehlt es den Höhlenbrütern fast überall an natürlichen Nistgelegenheiten. Diese Vogelarten werden daher selten in den Anpflanzungen und Gärten. Um sie dort in größerer Zahl wieder heimisch zu machen, muß man ihnen die fehlenden Wohnungen auf andere Weise ersetzen. Diese schwierige Aufgabe darf als gelöst betrachtet werden, seitdem uns Freiherr von Berlepsch, der verdiente Vorkämpfer des Vogelschutzes, nach jahrzehntelangen Versuchen, die der natürlichen Spechthöhle getreu nachgebildete Berlepsche Nisthöhle gab.

Aus der Heimat

Die Personenstandslisten werden bereits am Montag, den 10. Oktober, abgeholt

In der gestrigen Bekanntmachung betreffend Personenstandsaufnahme am 10. Oktober ist insofern ein Irrtum unterlaufen, als die ausgefüllten Listen nicht am 11. Oktober, sondern bereits am Montag, den 10. Oktober, abgeholt werden. Jeder sorge also dafür, daß dieselben bis dahin ausgefüllt sind, damit den Einholern die Arbeit erleichtert wird und sie nicht allzuviel Zeitverlust haben.

Geschlossen

sind am kommenden Montag, den 10. Oktober, wegen der an diesem Tage stattfindenden Personenstandsaufnahme die städtischen Verwaltungsbüros (außer Stadt- und Sparkasse) für den Publikumsverkehr. Das Standesamt ist an diesem Tage nur von 10 bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

80 Jahre alt

wird am heutigen Freitag, den 7. Oktober, unsere Mitbürgerin Frau Wwe. Josef Teitscheid, in der Altenbergerstraße wohnend. Das greise Geburtstagskind erfreut sich noch vollster geistiger und körperlicher Frische.

Auch wir gratulieren zu dem seltenen Wiegenfeste recht herzlich und wünschen weiter viel Glück und Segen.

Groß-Oesinghausener Herbstkirmes

Am kommenden Sonntag, den 9. Oktober, feiert Groß-Oesinghausen seine diesjährige Herbstkirmes und zwar mit dem üblichen gemeinschaftlichen Kaffeetrinken und anschließendem Ball im Lokale des Herrn J. Jungmann daselbst. Auch diesmal ist wieder für Gemütlichkeit und Stimmung gesorgt, so daß den Teilnehmern frohe Stunden in Aussicht stehen.

Näheres im heutigen Anzeigenteil.

Die erste Fremdenvorstellung

dieser Spielzeit im Kölner Opernhaus für unseren Bezirk findet bekanntlich am Sonntag, den 23. Oktober, statt. Zur Aufführung gelangt in Abänderung der ersten Nachricht nicht „Der Evangelimann", sondern „Boheme" von Puccini. „Der Evangelimann" ist für Januar 1933 zurückgestellt worden.

Der Kartenverkauf in den Ortsgruppen-Geschäftsstellen, hier in Burscheid bei Herrn Otto Weber in der Höhestraße, hat bereits vom gestrigen 6. Oktober an eingesetzt und dauert bis 20. Oktober.

Autounfall

In der Nacht von Montag auf Dienstag passierte einem hiesigen Lastkraftwagenbesitzer dadurch ein Unfall, daß er bei Haan mit einem Autolastzug, der unbeleuchtet und seitwärts 1,50 Meter überladen war, zusammenstieß. Zwei junge Leute von hier erlitten dabei Verletzungen, so daß sie das Krankenhaus aufsuchen mußten. Der Lastwagen wurde schwer beschädigt.

Erfolgreiche Prüfung

Der Dentisten-Praktikant Willi Soll-Wermelskirchen bestand vor der Prüfungskommission der Fachschule in Köln seine Techniker-Prüfung in sämtlichen Fächern mit „Sehr gut" und wurde außerdem dem Reichsverband Deutscher Dentisten zur Auszeichnung vorgeschlagen.

Der Genannte hat seine Ausbildung bei dem Dentisten Herrn Carl Reininghaus in Burscheid erhalten.

Belebung in der Bergischen Industrie

Die Lage in der Textil- und Kleineisenindustrie des Bergischen Bezirks hat nach dem Bericht der Bergischen Industrie- und Handelskammer im September auf verschiedenen Gebieten eine bemerkenswerte Belebung erfahren. Fast allgemein konnten in kleinerem Umfange Neueinstellungen oder eine Erhöhung der Arbeitszeit vor-

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 6. Oktober

Je hundert Pfund: Julinieren 3,20; Spätkartoffeln 2,40; Sommerspinat 3,90—6,10; Feldsalat 9,40—12,90; Wirsing (grün) 1,80—2,50; Rotkohl 1,40—2,70; Spitzkohl 0,90—1,80; Weißkohl 1,10—1,50; Rosenkohl 10—16,60; Strauchbohnen 15,10—20,60; Stangenbohnen 15,70—23,10; Wachsbohnen 12,40; Wollbohnen 12,40—16,70; Straucherbsen 14,40; Einmachzwiebel 5,70; rote Möhren 2,80—3,60; rote Beete 2,60—2,90; Tomaten a, b, c 3,20—9,00; Kürbis 2,90. Je 100 Stück: Essiggurken a, b 0,48—0,67; Salzgurken c, d 0,48—0,67; Salatgurken a 0,48—0,67. Je 100 Pfund: Birnen I. 9,30—18,20; II. 3,20—6,10; Aepfel I. 8,10—17; II. 5,40—7,40; Pflaumen 15—16,20; Pfirsiche 13,40—14. Je 100 Stück: Sellerie I. 6,20—16,10; II. 2,60—5,40; Porree I. 1,50—2,50; II. 1—1,20; Blumenkohl I. 10,50—14,50; II. 8,10—9,40; Kopfsalat I. 2,60—9,40; II. 1,10—1,70; Endivien I. 1,90—5,50; II. 0,70—1,60; Kastengurken I. 12,40—24,90; II. 9; Kohlrabie blau I. 2—2,60; II. 1,50—1,80; Suppenhühner: pro Pfund 0,60—0,62.

Anfuhr: gut. Nachfrage: gut. Nächste Versteigerung: Montag, 13,30 Uhr.

Umsatzsteuerausfuhrvergütung

Die Industrie- und Handelskammer zu Solingen teilt uns mit:

Durch die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist das Umsatzsteuergesetz dahin geändert worden, daß außer der schon früher bestehenden Ausfuhrhändlervergütung eine sogenannte „Ausfuhrvergütung" eingeführt wurde. Während die Ausfuhrhändlervergütung die Vergütung der auf der Lieferung an den Ausfuhrhändler lastenden Umsatzsteuer zum Gegenstand hat und in erster Linie den Ausfuhrhandel vor der Ausschaltung schützen sollte, soll die Ausfuhrvergütung die Ausfuhr unmittelbar fördern. Nach der Bestimmung über die Ausfuhrvergütung kann einem Unternehmer, der nachweist, daß er Gegenstände in das Ausland geliefert hat, auf Antrag ein Betrag bis zur Höhe der Steuer vergütet werden, die auf der Lieferung oder dem Einbringen der bei der Erzeugung der Gegenstände verwandten Bestandteile, Zubehörteile und Hilfsstoffe lastet (§ 4 Abs. 2 Umsatzsteuergesetz). Die Industrie- und Handelskammer zu Solingen hat dieser Bestimmung gleich nach ihrem Erscheinen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da sie für alle Ausfuhr-Industriezweige ihres Bezirks von sehr großer Bedeutung werden kann. Sie hat schon damals bei den zuständigen Stellen beantragt, die Bestimmungen über die Ausfuhrvergütung beschleunigt in Kraft zu setzen, damit die Ausfuhr von der hohen Vorbelastung der zur Herstellung des Fertigerzeugnisses benötigten Rohstoffe, Hilfsstoffe und Bestandteile befreit würde. Die weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage gab der Kammer Veranlassung, im Anschluß an die Feststellungen der Regierungskommission im Bezirk der Eisen- und Stahlwarenindustrie die zuständigen Stellen erneut zu bitten, die Einführung der Umsatzsteuerausfuhrvergütung als besonders dringend anzusehen und mit Beschleunigung durchzuführen. Die Kammer wies darauf hin, daß die Verteuerung der Fertigwaren durch die Umsatzsteuervorbelastung sich namentlich auf den ausländischen Märkten bemerkbar machte, wo die Fertigwaren mit den unter weit günstigeren Vorbedingungen hergestellten ausländischen Erzeugnissen in Wettbewerb treten müßten. Hier wirke sich die Verteuerung um so ungünstiger aus, als die Ausfuhr schon an sich durch die zahlreichen Devisen- und Kontingentierungsbestimmungen und durch die in den letzten Jahren immer höher getriebenen Zollsätze fast unmöglich gemacht worden sei. Die unbedingte Notwendigkeit, die Ausfuhr gerade in diesem Augenblick der Einführung deutscher Kontingente nicht weiter zu gefährden, sondern nach Möglichkeit zu beleben, verpflichte dazu, wenigstens die Umsatzsteuervorbelastung soweit wie irgend möglich zu beleben.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Nächtliche Treibjagd mit Schlingen

Uneinigkeit taugt in keinem Fall, das bewiesen vor dem Opladener Amtsgericht vier Angeklagte aus Witzhelden. Zwei von ihnen gerieten in Streit und bezichtigten sich der Wilddieberei. Dabei war das Ohr des Gesetzes nicht fern. Bei der Vernehmung packte denn auch der eine aus, obwohl er selbst die Pirschgänge mitgemacht hatte. In der Weihnachtszeit wollten sie Rehbraten essen, und so veranstalteten sie eine regelrechte nächtliche Treibjagd. Zwei trieben von verschiedenen Seiten, während die anderen 17 Schlingen legten. Vor dem Richter machte sich einer der Angeklagten die Verteidigung sehr einfach, er sagte, er sei ob der Anschuldigungen einfach sprachlos. Der Hauptangeklagte, ein passionierter Jäger, leugnete zwar. Die belastenden Aussagen eines Mitangeklagten, den die andern als unglaubwürdig hinzustellen versuchten, über die nächtliche Pirsch waren jedoch sehr genau. Für die nächtliche Schlingenjagd erhielt der Hauptangeklagte einen Monat Gefängnis, die drei andern je 50 Mark Geldstrafe.

---

genommen werden. Eine durchgreifende Besserung ist nach Ansicht der Kammer jedoch erst dann zu erwarten, wenn die Absperrungsmaßnahmen des Auslandes abgebaut werden, da die Textil- und Kleineisenindustrie des Bergischen Bezirks stark vom Export abhängig sind.

Ferienlehrgang der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn

Die Landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Poppelsdorf veranstaltet am 20. und 21. Oktober einen Ferienlehrgang über landwirtschaftliches Genossenschaftswesen in Verbindung mit den Verbänden landwirtschaftlicher Genossenschaften zu Köln, Koblenz und Münster. Die Leitung haben Professor Dr. Beckmann und Verbandsdirektor Feldmann.

Für Vorträge sind gewonnen worden: Professor Dr. Beckmann, Direktor des Instituts für Volkswirtschaft an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf; Dr. Bendiek, Landgerichtsrat, Köln; Feldmann, Verbandsdirektor, Honorardozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf; Dr. Hildebrandt, Generalrevisor, Dozent an der Handelshochschule Berlin; Reinhardt, Generalsekretär, Koblenz; Thoma, Verbandsdirektor, Köln.

Die Teilnahme an dem Lehrgang ist kostenfrei. Anmeldungen müssen bis spätestens 15. Oktober d. J. an das Sekretariat der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Bonn gerichtet werden. Die Unterkunft beschafft auf Wunsch das städtische Verkehrsamt Bonn.

Zur Fahrpreisermäßigung für Jugendpflege

Einem Runderlaß des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 27. September 1932 entnimmt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes:

Nach einer Mitteilung der Deutschen Reichsbahngesellschaft verlieren die nach dem Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif den Jugendpflegevereinen für die Jahre 1931 und 1932 ausgestellten Bescheinigungen auf weißen Karten über die behördliche Anerkennung mit Ablauf des Jahres 1932 ihre Gültigkeit. Für die beiden folgenden Jahre 1933/34 wird bei Gewährung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung die Bescheinigung auf hellblauer Karte verlangt.

Gleichzeitig mit der Neuausstellung der Bescheinigungen ist auch erforderlich, daß das Verzeichnis über die anerkannten und sonach zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung berechtigten Jugendpflegevereine neu angefertigt wird.

Auf den tarifmäßig vorgesehenen Wechsel der Bescheinigungen und auf die erforderliche Neuaufstellung der Listen wird schon jetzt besonders hingewiesen, weil bei dem großen Umfang der Jugendpflegevereine wahrscheinlich schon demnächst mit den Vorarbeiten für die Anerkennung auf die Jahre 1933/34 begonnen werden muß. Die Vordrucke für die neue Bescheinigung (hellblaue Karte) werden auf Anforderung von den Reichsbahndirektionen abgegeben.

Die Spitzenorganisationen für Jugendpflege sind gleichfalls verständigt, damit sich die Vereine rechtzeitig um die neue Bescheinigung bemühen. Anderenfalls können sie zu Beginn des neuen Jahres die Fahrpreisermäßigung nicht in Anspruch nehmen. Der im Tarif über die Fahrpreisermäßigung vorgesehene Führerausweis behält nach wie vor ohne Zeitbeschränkung Gültigkeit. Dabei ist jedoch zu beachten, daß der Führerausweis seit 1. April 1930 nicht mehr durch die Anerkennungsbehörde, sondern durch den Vereinsleiter ausgestellt wird unter Beglaubigung durch die Gemeinde- (Ortspolizei-) Behörde. Die alten, noch von der Anerkennungsbehörde ausgestellten Führerausweise werden vom 1. Januar 1933 an nicht mehr anerkannt.

Wer Stubenvögel hat,

gebe ihnen auch im Herbst und Winter ab und zu etwas Grünes zu fressen. Ein Topf mit Vogelmiere oder ausgelesene, ausgesäete Linsen und Erbsen geben für den ganzen Winter den nötigen Vorrat, um gefiederten Sängern — auch solchen, die hungrig ans Fenster fliegen — etwas Grünes zu bieten, wenn später die Fluren verschneit sind.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Ermäßigungen von Gas- und Wasserpreisen

Opladen, 7. Okt. Der Verwaltungsrat des Gas- und Wasserwerks setzte allgemein den Preis des Wassers für Gewerbezwecke, soweit es durch besonderen Messer genommen wird, bei einem monatlichen Verbrauch von über 200 Kubikmeter herab. Auch bei einem Gasverbrauch für Gewerbezwecke wurden bei mehr als 1000 Kubikmeter Monatsbezug Ermäßigungen zugestanden.

Bedauerlicher Unfall

Leverkusen-Schlebusch, 7. Okt. Vor einigen Tagen stürzte der Hausmeister der kath. Mädchenschule beim Ernten von Nüssen auf dem Schulplatz der alten Schule an der Ecke Hauptstraße und Odenthalerstraße vom Baume aus beträchtlicher Höhe ab und erlitt erhebliche Verletzungen.

Einbruch in einen Kirmeswagen

Leverkusen, 7. Okt. Mittwochabend wurden einem Schausteller in L.-Rheindorf ungefähr 185 Mark aus dem Wohnwagen gestohlen. Während der Abwesenheit des Besitzers wurde ein im Wagen stehender Schrank erbrochen. Als Täter kommen zwei Arbeiter des Schaustellers in Frage, die nach Verübung des Einbruchs flüchtig geworden sind.

Ein Todessturz

Leverkusen, 7. Okt. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern Vormittag gegen 11 Uhr in der Carl-Rumpff-Straße in Leverkusen. Ein Gerüst, das von einer Mülheimer Firma für Anstreicherarbeiten an einem Hause angebracht war, sollte abgebaut werden. Dabei stürzte ein Anstreicher aus ungefähr zehn Meter Höhe ab und blieb mit einem Wirbelsäulenbruch tot liegen. Wie sich der Unfall zugetragen hat, konnte nicht festgestellt werden. Es steht fest, daß ein Fehler am Aufbau des Gerüstes nicht vorlag. Der Unfall kann nur darauf zurückzuführen sein, daß der Anstreicher plötzlich von einem Schwindel befallen wurde, das Gleichgewicht verlor und dann zwischen Haus und Gerüst abstürzte. Er schlug dann ungefähr einen Meter über dem Erdboden auf eine Leitersprosse auf, wobei er das Genick brach, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Unfall ist umso tragischer, als der Verunglückte, der im 46. Lebensjahr stand, außer seiner Frau vier Kinder zurückläßt.

Die Hollandfahrer wieder da

Hitdorf, 7. Okt. In der letzten Septemberwoche unternahmen drei Hitdorfer, darunter ein Sechzigjähriger, eine Kahnfahrt nach Holland. Wohlverproviantiert ruderten sie eines Morgens rheinabwärts. In Düsseldorf hingen sie sich an ein talwärts fahrendes Schiff an und kamen so am ersten Tag bis Ruhrort. Geschlafen wurde im Kahn. Am folgenden Tage fanden sie ein Schiff, das nach Amsterdam fuhr. Als dessen Anhänger erreichten sie am vierten Tage nach ihrer Abfahrt das Ziel ihrer Reise, Amsterdam. Mit Bahn und Schiff ging es von da zur Insel Marken; dort wurde von einem Zuiderseefischer ein Fischkutter erhandelt. Wegen der Trockenlegung der See stehen dort nämlich Fischereifahrzeuge augenblicklich niedrig im Preise. Auf dem gekauften Fahrzeug segelten unsre Hollandfahrer dann nach Amsterdam zurück, ließen sich rheinaufwärts schleppen und langten nach sechstägiger Rückfahrt wohlbehalten wieder hier an.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Die Ausschreitungen vor dem Sondergericht

Im Juni war es vor dem Solinger Hauptbahnhof zu schweren Ausschreitungen anläßlich eines Streiks gekommen. Dabei wurden die Beamten beschossen und zum Teil verletzt. Erst geraume Zeit später gelang es, vier der Schützen festzunehmen. Sie werden sich jetzt vor dem Sondergericht in Wuppertal zu verantworten haben. Der Termin ist auf Dienstag, den 11. Oktober festgesetzt.

Solingen. Strafe für einen rücksichtslosen Autofahrer. Ein hiesiger Bäckergeselle wurde in Haft genommen, der vor einigen Abenden auf der Burger Landstraße mit seinem Auto einen Arbeiter überfahren hatte und dann weiter gefahren war, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Der Arbeiter hatte eine Gehirnerschütterung davongetragen und war in das Krankenhaus geschafft worden.

Wuppertal

Schuldenlast von 14 auf 167 Millionen gestiegen!

Einen Einblick in die Entwicklung der Schuldenlast der Städte gewährt eine Veröffentlichung der Stadtverwaltung Wuppertal. Darnach hatten alle zur jetzigen Wupperstadt gehörigen Städte im Jahre 1924 zusammen eine Schuld von 14,2 Millionen Mark. Am Tage der Städtevereinigung, am 1. August 1929, war die Schuldenlast schon auf 122,8 Millionen angewachsen, um Ende 1931 die Riesenhöhe von 153,9 Millionen zu erreichen. Dazu kommen noch 13,2 Millionen Mark Ablösungs- und Aufwertungsschuld, sodaß die Gesamtschuldenlast Wuppertals 167,1 Millionen Mark beträgt. Allein im Rechnungsjahr 1931 und in den ersten Monaten des Jahres 1932 wurden 34,7 Millionen Mark an langfristigen Darlehen aufgenommen.

Raffinierter Einbruch

Ein raffinierter Einbruch wurde in die Wohnung einer in der Hoffnung wohnenden Witwe ausgeführt. Gegen 15 Uhr erschien dort ein unbekannter, etwa 30 bis 35 Jahre alter Mann und erzählte der Frau, daß soeben ihre Tochter und deren Kind von einem Auto überfahren worden seien. Die Frau hatte nichts Eiligeres zu tun, als ihre Wohnung zu verlassen, um an der von dem Mann bezeichneten Stelle Umschau zu halten. Dort mußte sie jedoch feststellen, daß die Angaben des Fremden erfunden waren. Als die Frau nach ungefähr einer Stunde in ihre Wohnung zurückkehrte, machte sie die Entdeckung, daß in der Zwischenzeit ein Dieb in die Wohnung eingebrochen war und eine Kassette gestohlen hatte, in der sie vier Sparkassenbücher, eine Lebensversicherungspolice und Inflationsgelder aufbewahrte. Offenbar hat der Unbekannte die Frau unter den falschen Angaben aus dem Hause gelockt, um ungestört einbrechen zu können.

Wuppertal. Der älteste Veteran Wuppertals gestorben. Im Alter von 92 Jahren starb der älteste Veteran Wuppertals, Josef Koch. Er war Teilnehmer der Kriege 1864, 1866 und 1870-71. Er wurde in Düsseldorf geboren. Als Jünger Gutenbergs wanderte er dann später nach Krefeld und Essen-Ruhr und kam nach Wuppertal, wo er 37 Jahre bei der Wuppertaler Druckerei in Elberfeld tätig war.

Wuppertal. Gigolo als Einbrecher. Nach langwierigen Ermittlungen wurden zu Beginn der vergangenen Woche drei junge Männer festgenommen, die hier als Eintänzer tätig waren. Wahrscheinlich erschien ihnen diese Beschäftigung nicht ausreichend, denn sie pflegten nebenbei noch Einbrüche auszuführen. Das vorgefundene Beweismaterial reichte aus, um ihnen trotz hartnäckigen Leugnens bisher 10 Einbrüche nachzuweisen.

Keine Einigung zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern

Senkung der Pflegesätze in städt. Anstalten geplant

Zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Krankenhäuser und den Krankenkassen in Wuppertal wurden Verhandlungen über den wegen der Pflegesätze entstandenen Konflikt geführt. Seitens der Krankenkassen wurde vorgeschlagen, den Pflegesatz von 5,25 RM. auf 5 RM. für Krankenkassenpatienten zu ermäßigen. Nach längerer Verhandlung lehnten die Krankenhäuser diesen Vorschlag ab. Die Stadtverwaltung hat jetzt die Absicht, der Stadtverordnetenversammlung die Senkung der Pflegesätze in den städtischen Krankenhäusern auf 5 RM. vorzuschlagen.

Düsseldorf

D 2500 in Düsseldorf

Auf ihrem Deutschland-Rundflug traf gestern die viermotorige Junkers G 38, von Köln kommend, über Düsseldorf ein. Das Riesenflugzeug wurde von der Bevölkerung freudig begrüßt. Nach einer Schleife über der Stadt landete das Flugzeug in Lohausen, wo sich zahlreiche Zuschauer eingefunden hatten. Am Donnerstagnachmittag wurden Rundflüge veranstaltet, und am Freitag folgt der Weiterflug nach Krefeld.

Todesfahrt auf dem gestohlenen Motorrad

Auf der Oberbilker Allee fuhr ein Fabrikarbeiter mit einem Motorrad gegen einen Baum und erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz danach starb. Der Verunglückte hatte das Rad in der Nähe der Unglücksstelle von der Straße entwendet.

Düsseldorf. Konsularnachricht. Dem Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Köln, Gohn Farr Simmons, ist namens des Reiches das Exequatur erteilt worden.

Köln

Falschgeldvertreiber festgenommen

In den Abendstunden wurden gestern zwei Straßenhändler wegen Verausgabung falscher Fünfzig-Pfennigstücke festgenommen. In ihrem Besitz wurde noch eine Menge falscher Fünfzigpfennigstücke vorgefunden.

Mülheimer Kleinbahnen werden von der Stadt Köln übernommen

Zwischen der Stadt Köln und der Mülheimer Kleinbahnen AG sind aufgrund des Reichsgerichtsurteils vom 16. Dezember 1931, das sich zugunsten der Stadt Köln ausspricht, die im Vertrag zwischen den beiden Unternehmungen vorgesehenen Schritte unternommen worden, um einen Uebergang der der Mülheimer Kleinbahnen AG gehörigen Kleinbahnanlagen auf die Stadt Köln herbeizuführen. Die Feststellung des Erwerbspreises, den die Stadt Köln zu zahlen hat, erfolgt durch zwei Schiedsgerichte, von denen eines den Nutzungswert und das andere den Sachwert ermittelt. Die Stadt Köln ist Besitzerin eines Fünftels des drei Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Mülheimer Kleinbahnen.

Köln. Köln in Erwartung von 500000 Märkern. Im Rahmen der Notverordnung zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit ist, wie erinnerlich, auch den Ländern und Gemeinden vom Reich ein Betrag in Höhe von 50 Millionen zugesagt worden, der dazu dienen soll, dem Baugewerbe einen Auftrieb zu geben. Das Geld soll ausschließlich für Instandsetzungen von Grundstücken, Teilungen und Umbau von Großwohnungen usw. verwendet werden. Obschon der Verteilungsschlüssel noch nicht bekannt ist, glaubt man an unterrichteter Stelle damit rechnen zu können, daß auf Köln über 500 000 RM. entfallen, während sich der Zuschuß für den ganzen Regierungsbezirk Koblenz ebenfalls bei einer halben Million bewegen dürfte. Auf die Stadt Koblenz dürften etwa 80 000 RM. entfallen.

Der Wiener Mord kommt in Köln zur Aburteilung

Wie gemeldet, sind Ende September in Ulm drei Personen festgenommen worden, die beschuldigt werden, am 6. September in Wien den 65jährigen Kaufmann Rosenberg ermordet zu haben. Durch ein umfassendes Geständnis des Hausdieners Matthias Hochmann aus Köln hat dieser Mord nunmehr seine restlose Aufklärung gefunden. Hochmann gab zu, die Tat aus sexuellen Beweggründen verübt zu haben. Belastet werden die beiden anderen Verhafteten, die 26jährige Anna Hochmann und der 24jährige ledige Kraftwagenführer Nikolaus Kauz, beide aus Köln. Hochmann will in Notwehr gehandelt haben. Da es sich bei allen drei Verhafteten um Reichsdeutsche handelt, kommt eine Auslieferung an Oesterreich nicht in Frage. Nach deutschem Recht wird die Aburteilung des Falles in Köln erfolgen, da die Verhafteten dort ihren Wohnsitz haben.

Westdeutsches

Velbert. Ein Kleinballon flog bis Westpreußen. Gelegentlich eines vom Verkehrsverein Velbert vor einigen Sonntagen veranstalteten Verkehrstages wurde für die Kinder auch ein Kleinballonwettbewerb eingeleat. Während bisher die weitesten Meldungen über aufgefundene Ballons aus Hamm, der Senne und dem Braunschweigischen vorlagen, traf nunmehr eine Mitteilung ein, daß ein Ballon in der Nähe von Marienburg in Westpreußen aufgefunden worden ist. Der Ballon hat über 900 Kilometer Luftlinie zurückgelegt.

Brühl b. Köln. Obstdiebe im Auto. Im benachbarten Kierdorf wohnt ein Großgartenbesitzer, der seit einiger Zeit von Dieben planmäßig um sein Obst gebracht wird. Er hat berechnet, daß er auf diese Weise um rund 30 Zentner ärmer geworden ist. Die Diebe sind aber nicht nur bisher unermittelt geblieben, sondern sie gehen jetzt sogar mit noch größerer Dreistigkeit vor. Sie fahren mit dem Kraftwagen vor und schaffen damit die Beute fort.

Koblenz. 17000 beim „Do. X". Das Flugschiff „Do. X." ist in den beiden Tagen des bisherigen Koblenzer Aufenthaltes von insgesamt etwa 17 000 Personen besucht worden. Am Mittwoch wurden 9300 Gäste gezählt. Mit dieser Rekordzahl erreicht Koblenz die höchste Ziffer aller bisherigen Besuchstage auf deutschem Boden. Der Start der „Do. X", deren nächste Ziele Frankfurt (Main), Wiesbaden und Mannheim sind, ist für Samstag vormittag 11 Uhr festgesetzt. Voraussichtlich wird das Flugschiff nach dem Abflug die bei seinem Flug nach Koblenz unterlassene Rundfahrt über das Mittelrheingebiet nachholen.

Bernkastel. Ein Feuerwehrmann tödlich verunglückt. Abends entstand in Minheim an der Mosel in dem Anwesen des Landwirts Gessinger aus bisher unbekannter Ursache ein Brand, der die Scheune mit großen Futter- und Fruchtvorräten vernichtete. Bei den Löscharbeiten verunglückte der Feuerwehrmann Rößler tödlich.

Paderborn. Unsitte brachte wieder einem Kinde den Tod. Vormittags setzte sich ein 3¾ Jahre alter Knabe auf die Deichsel eines an einem Pferdefuhrwerk angehängten Wagens. Der Knabe kam hierbei zu Fall und zog sich einen Halswirbelbruch zu, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Dillenburg. Die erste Sitzung des kommissarischen Kreisausschusses. Der neugebildete kommissarische Kreisausschuß des Kreises Dillenburg trat am Dienstag unter dem Vorsitz von Landrat Dr. Bünger erstmalig zusammen. In der Hauptsache wurden Fragen erörtert, die sich aus der Kreiszusammenlegung ergaben. Eingehend befaßte sich der Kreisausschuß mit der recht verzweifelten Stimmung, die in der ehemaligen Kreisstadt Biedenkopf vorherrschend ist. Es wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß für die ehemalige Kreisstadt Biedenkopf etwas unternommen werden müsse, um die entstandenen vielseitigen Nachteile, die die Kreiszusammenlegung für Biedenkopf mit sich gebracht hat, etwas auszugleichen. U. a. soll an zuständiger Stelle dahin gewirkt werden, daß das Finanzamt Biedenkopf, das ebenfalls aufgelöst und den Finanzämtern Dillenburg und Marburg zugeteilt werden soll, in Biedenkopf bestehen bleibt. Ferner soll ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Wege geleitet werden, um der großen Arbeitslosigkeit, von der auch das frühere Kreisgebiet Biedenkopf hart betroffen ist, wirksam begegnen zu können. So ist u. a. der Ausbau einer großen Verbindungsstraße Pottenhorn—Damshausen geplant.

Blankenheim (Eifel). Der Wind als Ursache eines Autounfalles. Auf der Provinziallandstraße von Blankenheim nach Tondorf wollte eine Frau aus Mühlheim (Eifel) einem aus Richtung Tondorf kommenden Personenwagen ausweichen. Dabei wehte ihr der sturmartige Wind das Kopftuch ins Gesicht. Dadurch im Sehen behindert, wurde die Frau unsicher und lief hin und her. Sie wurde vom Wagen erfaßt und zu Boden gerissen. Bald nach der Ueberführung ins Krankenhaus erlag sie den schweren Verletzungen, die sie dabei erlitten hatte.

Letzte Funkmeldungen

In einem „Von der Krise zur Reform" überschriebenen Aufsatz befaßt sich Reichsminister a. D. Dr. Bell in der „Kölnischen Volkszeitung" mit den Reformbestrebungen des Zentrums.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug Ultimo August 1908,8 Millionen RM gegenüber 1942,3 Ultimo Juli.

Wie WTB Handelsdienst erfährt, stehen die Arbeiten zur Reorganisation landschaftlicher Banken vor dem Abschluß.

Die NSDAP hat einen eigenen Reichswirtschaftsrat eingerichtet, zu dessen Vorsitzenden Gottfried Feder ernannt worden ist.

Dr. Goebbels hat auf Anordnung Hitlers den Vorsitz des Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer e. V. Berlin übernommen.

Die Reichsbahndirektion Altona hat beschlossen, zunächst für zwei bis drei Monate größere Einstellungen von Arbeitern vorzunehmen, und zwar handelt es sich bei dieser Einstellung um 800 Zeitarbeiter und 230 Stammarbeiter. Es sind Arbeiter, die Anfang September entlassen werden mußten.

Der englische Botschafter teilte Ministerpräsident Herriot mit, daß das Datum der Einberufung der geplanten Londoner Konferenz verschoben worden sei.

Das „Journal" schreibt, die Verantwortung an dem Nichtzustandekommen der Londoner Konferenz müsse einzig und allein Deutschland zugeschoben werden. Die Reichsregierung trage demnach allein die Schuld an dem Scheitern des Vorschlages des englischen Ministerpräsidenten.

Die Pariser Presse schiebt im allgemeinen der Reichsregierung die Schuld an der Vertagung der Konferenz zu. Nur Pertinax im „Echo de Paris" gibt offen zu, daß Herriots Widerstand nicht ohne Einfluß auf den Entschluß der englischen Regierung gewesen sei.

„Echo de Paris" glaubt über einen Stimmungsumschwung innerhalb der englischen Abrüstungsdelegation berichten zu können und meint, daß die englische Delegation jetzt größeres Entgegenkommen für die deutsche Abrüstungsthese zeigen werde.

Der „Daily Telegraf" beschäftigt sich mit der geplanten Viermächtekonferenz in London und erklärt, Frankreich werde wohl niemals der deutschen Forderung zustimmen, daß die englischen und französischen Denkschriften beiseitegelegt werden, weil es im Gegensatz zu London die deutsche Gleichberechtigungsforderung rückhaltlos bekämpfe. Dieser französisch-englische Gegensatz genüge schon, um die Konferenz zu vertagen, wenn nicht überhaupt gänzlich zu verhindern.

Die „Times" erklärt, daß die deutsche Gleichberechtigungsforderung in ihren wesentlichen Zügen gerechtfertigt sei und daß die Beschränkungen, wie sie jetzt Deutschland auferlegt worden seien, freiwillig seien und nicht in Uebereinstimmung mit den Begrenzungen der anderen Länder stehe.

Nach einer Havasmeldung aus Genf hält man es für sicher, daß auch der Zusammentritt des Vorstandes der Abrüstungskonferenz, der für den 10. Oktober vorgesehen war, verschoben wird.

Im Wirtschaftsausschuß der Völkerbundsversammlung stand die Debatte im Zeichen der kommenden Weltwirtschaftskonferenz. Alle Redner betonten die große Bedeutung dieser Konferenz.

Die Kommission zur Regelung der Waffenfabrikation und des Waffenhandels nahm ihre Arbeiten auf.

Die Frage einer Umbildung oder eines Gesamtrücktritts des belgischen Kabinetts ist vor den Gemeindewahlen, die am nächsten Sonntag stattfinden, nicht akut.

Papst Pius XI. hat, wie die „Germania" meldet, eine Enzyklika über die religiösen Verhältnisse in Mexiko veröffentlicht.

Wolfgang von Gronau ist gestern in Batavia gelandet.

Der Newyorker Sonderberichterstatter des „Matin" hatte eine Unterredung mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Roosevelt, der sich gegen die hohen amerikanischen Einfuhrzölle aussprach.

Hoovers erste Wahlrede findet in der amerikanischen Presse geteilte Aufnahme.

Das Wetter von heute und morgen

Weiterhin beständig und am Tage mild, etwas auffrischende südwestliche Winde.

Trier. Ein Fußballspieler tödlich verletzt. Bei einem Fußballspiel zwischen Mannschaften aus Neunkirchen und Confeld wurde der 22jährige Spieler Josef Kuhn aus Confeld durch einen Stoß vor den Magen so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb.

Arbeitsbeschaffung durch Hausinstandsetzungen

Besprechung der rhein.-westf. Handwerkskammern und Hausbesitzerverbände in Düsseldorf

Nachdem nunmehr auch die Durchführungsbestimmungen Preußens zur Notverordnung vom 4. September vorliegen und die Mitwirkung der berufsständischen Organisationen vorgesehen ist, fand eine gemeinsame Besprechung der Handwerkskammern und der Haus- und Grundbesitzerverbände von Rheinland und Westfalen in Düsseldorf statt, bei der als einmütige Auffassung dieser Organisationen die Bereitwilligkeit zum Ausdruck kam, alle Kräfte aufzubieten, um dem Programm der Reichsregierung, durch Hausinstandsetzungen der Arbeitsbeschaffung zu dienen, zum Erfolge zu verhelfen. Die Vertreter des Handwerks und des Hausbesitzes gaben in dieser Tagung dem dringenden Wunsche Ausdruck, daß sich die durchführenden Stellen von dem gleichen Bestreben wie der Reichsarbeitsminister leiten lassen, im Interesse einer möglichst schnellen und reibungslosen Durchführung jegliche bürokratische Hemmung zu vermeiden und durch weitestgehende Heranziehung der berufsständischen Vertretungen die schnellstmögliche Durchführung der Aktion der Reichsregierung zu gewährleisten. In dieser Erwartung stellen Handwerk und Hausbesitz ihre volle Mitarbeit zur Verfügung.

Zwei Todesurteile im Rhedaer Polizistenmordprozeß

Das eine Todesurteil nur durch die Notverordnung erzwungen.

Unter außerordentlichem Andrange von Publikum und Presse wurde im Mordprozeß gegen die Rhedaer Autobanditen vom Bielefelder Sondergericht das Urteil gefällt.

Die beiden Angeklagten Wabbel und Kuszynski, beide aus Bochum, wurden wegen Totschlages an einem Polizeibeamten in Tateinheit mit versuchtem Totschlag an einem zweiten Polizeibeamten nach § 1, Ziffer 1, der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 9. August 1932 mit dem Tode bestraft. Wegen der weiteren ihnen zur Last gelegten Verbrechen erhielt Wabbel eine Gesamtzuchthausstrafe von 12 Jahren und Kuszynski eine solche von 4 Jahren. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt.

In der Begründung des Urteils erklärte der Gerichtsvorsitzende u. a., daß das Gericht über Kuszynski nicht die Todesstrafe verhängt haben würde, wenn es hierzu nicht durch das Gesetz — die Notverordnung des Reichspräsidenten — gezwungen worden wäre.

Die beiden Verurteilten hatten auf der Flucht nach einer mehrtägigen Diebesfahrt in einem gestohlenen Auto in den frühen Morgenstunden des 10. September zwei Polizeibeamte, die sich ihnen in den Weg stellten und Haltesignale mit der Taschenlampe gaben, im 80-Klm.-Tempo über den Haufen gefahren, wobei der eine Beamte getötet und der andere schwer verletzt wurde.

Ueber den Verlauf des vorhergegangenen Verhandlungstages wird noch mitgeteilt:

Es wurden zunächst eine Reihe von Zeugen vernommen, die die bereits bekannten Vorgänge ergänzten und durch ihre eidlichen Aussagen erhärteten.

Der technische Sachverständige erklärte, die betreffende Eisenbahnunterführung sei übersichtlich gewesen. Die Angeklagten hätten die beiden Polizeiwachtmeister Graffhorst und Bökenhaus etwa 100 bis 150 Meter weit sehen und, wenn sie gewollt hätten, halten können.

Zwei medizinische Sachverständige verneinten die Voraussetzung zur Anwendung des § 51.

Der Staatsanwalt unterzog Persönlichkeit und Milieu der Angeklagten einer eingehenden Beurteilung. Er betonte, er habe im Alter Wabbels (22 Jahre) noch keinen so absolut gleichgültigen Menschen ohne Spur von Reue gesehen wie Wabbel, der völlig asozial sei. Kuszynski sei durch schlechte Gesellschaft verdorben worden. Beide seien bei ihren Diebstählen willens gewesen, jedes Hindernis zu beseitigen. Beide hätten bewußt und gewollt den Polizeibeamten Graffhorst vorsätzlich und überlegt gemordet. In zwei Fällen, bei dem Polizeibeamten Stümer in Holzminden und Bökenhaus in Rheda, hätten sie sich des versuchten Mordes schuldig gemacht. Er beantrage gegen die beiden Angeklagten wegen Mordes die Todesstrafe, ferner wegen weiterer Delikte Zuchthausstrafen in Höhe von 12 und 4½ Jahren, sowie dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Stefan George - Nobelpreisträger?



Der deutsche Dichter Stefan George wird als Träger des Nobelpreises für Literatur genannt

Turnen und Sport in der Heimat

Ballspielverein 1911 Burscheid

Am kommenden Sonntag, stoßen zwei alte Strategen aufeinander, die sich während dieser Meisterschaftsserie nur noch am Tabellenschluß aufgehalten haben. Am Sonntag endlich wird es sich entscheiden, wer weiter am Schluß bleibt. Hünger und Burscheid haben sich von jeher spannende Kämpfe geliefert, und am Sonntag wird es kaum anders sein. Eine Voraussage ist allerdings nicht möglich, da beide Gegner bisher keine Leistungen gezeigt haben.

Abfahrt der 1. Mannschaft um 1,45 Uhr ab Vereinslokal Ohmann.

Die 1a Jugendmannschaft trifft um 10 Uhr vormittags auf dem Platze in Griesberg auf die gleiche Mannschaft von Hückeswagen und wird schwer zu kämpfen haben.

Anschließend um 11 Uhr spielt die 2. Mannschaft, ebenfalls auf dem Platz in Griesberg, und gegen den gleichen Gegner aus Hückeswagen. Ob die beiden Punkte am Orte bleiben, ist abzuwarten.

Turngemeinde Burscheid e.V.

Nach den erfolgreichen Spielen der letzten Zeit tritt die 1. Mannschaft am kommenden Sonntage gegen einen Gegner aus dem WSV an. Die Grünweißen fahren nach Leverkusen-Rheindorf und treffen dort auf die 1. Mannschaft des SpuSp. Rheindorf. Wenn Rheindorf hier noch unbekannt ist, so kann das nur an dem bescheidenen Namen liegen, denn die erste Mannschaft spielt in den Meisterschaftsspielen gegen Vereine wie Alemannia Aachen, VfB Aachen usw., also westdeutsche Sonderklasse. Daß die Hiesigen in diesem Spiel den Kürzeren ziehen werden, ist bestimmt. Es kommt nur darauf an, wieviel Tore fallen. Jedenfalls darf man sich vor dem großen Gegner nicht bange machen und mit demselben Eifer kämpfen, wie am letzten Sonntag gegen Rade.

Abfahrt ab Vereinslokal 13 Uhr. Anwurf 14,30 Uhr. Schlachtenbummler werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Die Jugendmannschaft spielt um 14,30 Uhr in Schlebusch gegen die 2. Mannschaft des Turnvereins „Grün-Weiß". Da beide Mannschaften gleichwertig sind, ist der Ausgang des Treffens offen. Abfahrt ist aus dem Kästchen ersichtlich.
TGSH

Turngemeinde Hilgen

Am kommenden Sonntag trägt die 1. Elf ihr sechstes Meisterschaftsspiel und das letzte der ersten Serie aus. Sie tritt um 2 Uhr gegen die gleiche Mannschaft des Turn- und Ballspielvereins Remscheid-Haddenbach auf dem Karl Grüber-Platz in Remscheid an. Haddenbach hat sich in diesem Jahre fabelhaft geschlagen und steht mit zwei Verlustpunkten an zweiter Stelle der Tabelle. Die Stärke der Gastgebermannschaft liegt vor allen Dingen in der ganz energischen Spielweise und nicht zuletzt in dem hervorragenden Können des Torwarts. Die Grünweißen müssen den Kampf mit aller Entschlossenheit aufnehmen und besonders dafür sorgen, daß ihr Heiligtum gut gedeckt ist.

Die Jugendmannschaft hat in Reishagen gegen den dortigen Turnerbund zum fälligen Meisterschaftsspiel anzutreten. Reinshagen hat in den bisherigen Spielen gutes Können gezeigt. Die Hiesigen müssen jedenfalls alles aufbieten, um auch diesesmal den Sieg davonzutragen. Spielbeginn 3 Uhr.

Abfahrt beider Mannschaften per Auto 12,30 Uhr.

DT-Handball

Bergischer Gau

Auch am kommenden Sonntag ist das Programm des bergischen Turnerhandballes wieder sehr reichhaltig und dürfte in den Gruppen der Gauklasse schon eine weitere Klärung in den Spitzenpositionen bringen.

Meisterschaftsspiele

Gauklasse, Gruppe 1

Dabringhausen 1. — Lennep 1.
RTV 61 1. — Turnerbund 1.

Gauklasse, Gruppe 2

Goldenberg 1. — Hasten 1.
RTV 61 1b — Jahn 1.
Haddenbach 1. — Hilgen 1.

Eine weiter äußerst interessante Begegnung, die um 2 Uhr in Rath steigt. Die Platzherren sollten nach dem bisherigen Eifer weitere Punkte sammeln und als Sieger hervorgehen. Anderseits ist die Gästemannschaft von gleichguter Kampfkraft, so daß erst der Schlußpfiff die endgültige Entscheidung über Sieg und Punkte bringen wird. Spielbeginn 2 Uhr.

Bezirksklasse, Gruppe 1

Goldenberg 1. — Burg 1.

Bezirksklasse, Gruppe 2.

Hasten 1b — Honsberg 1.

Jugendklasse

Reinshagen 1a — Hilgen 1a
Goldenberg 1a — RTV 61 2a
Hasten 1a — RTV 61 1a

Herbstgeländelauf in Hückeswagen

Der bergische Gau beendet mit dem Herbstgeländelauf am 23. Oktober in Hückeswagen seine diesjährigen volkstümlichen Veranstaltungen. An der ideal gelegenen Bevertalsperre führt die Laufstrecke in den verschiedenen Klassen über die jeweilig angesetzten Strecken. In allen Klassen wird der Lauf als Einzel- und Mannschaftslauf gewertet. Nach der Siegerehrung, die nachmittags im Talsperrenrestaurant stattfindet, ist ein gemütliches Beisammensein aller Teilnehmer.

Vom Büchertisch

Francis Brett Young

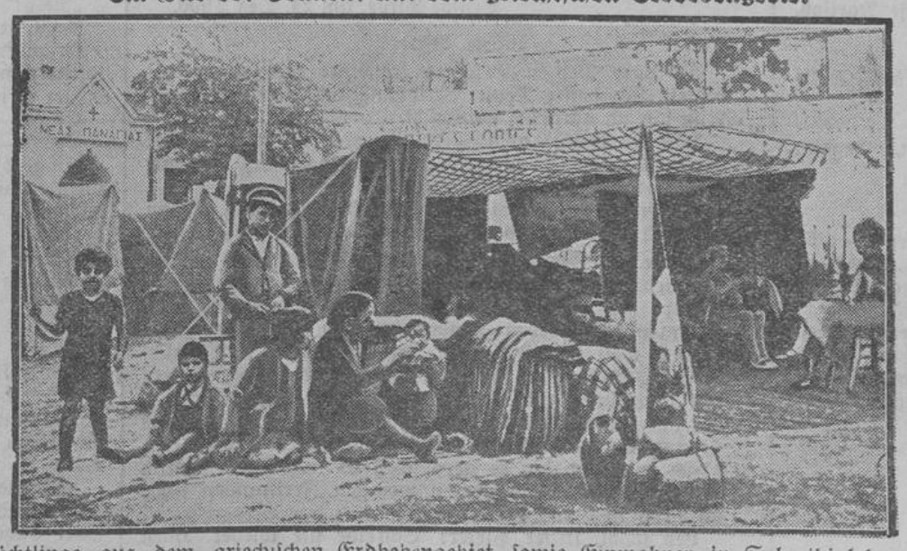
„Der schwarze Diamant"

Roman. Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Bruno Glaser. In Ganzleinen gebunden RM 3,80

Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 2

Das vorliegende Buch, das den großen Ruf des Autors in der zeitgenössischen englischen Literatur begründete, ist die Geschichte eines jungen Mannes, der als Grubenarbeiter in den Midlands aufwächst. Von fast der ersten Seite bis zur letzten sind es Frauen, die seinen Lebensweg bestimmen. Einer Frau wegen verläßt er die Stadt und wandert hinüber nach den Marschen von Wales, um dort Arbeit zu suchen. Sehr bald wird er in neue Liebeshändel verwickelt und auch in Verbrechen. Aber trotz all seiner Sinnlichkeit und Rauheit leuchtet Abner Fellow hervor als ein wirklich schöner und tragischer Charakter. Sugh Walpole, der bekannte englische Romancier, schreibt: „Ich halte Francis Brett Young für einen der besten jüngeren englischen Romanschriftsteller. Wenn unsere Generation den Platz der älteren Männer einnimmt, wüßte ich keinen, der mehr Aussicht hat, an erster Stelle zu stehen. Einmal schreibt Francis Brett Young eine prächtige Prosa; dann ist er ein wahrhafter Schöpfer von Charakteren." V.d.B.-Bücher sind heute für Ungezählte ein Begriff geworden für literarische Qualität, künstlerische Schönheit, technische Vollkommenheit und unerreichte Preiswürdigkeit.

Ein Bild des Grauens aus dem griechischen Erdbebengebiet



Flüchtlinge aus dem griechischen Erdbebengebiet sowie Einwohner in Saloniki leben im Freien in provisorischen Zelten, da sie immer noch Einsturzgefahr für ihre Häuser und eine Wiederholung der Erdstöße befürchten

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Beilage „Landmanns Sonntagsblatt"
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



„So, sagt das Nahs?"

„Ja, und er weiß das. Er war überall und Ihr wart nur bei uns."

„Und das ist schon allerhand."

„Er war sogar da, wo immer Schnee und Eis ist und die Menschen Tag und Nacht in Fellen gehen und in Schneehöhlen wohnen und mit Schlitten fahren, die von Hunden gezogen werden."

In Erregung hatte sich die kleine Braune geredet. Sie sprang auf.

„Kommen Sie, ich will Ihnen zeigen, wo er war" und sie zog ihn an der Hand mit sich fort durch das Menschengewühl nach der Garderobe, die Nahs zum Umkleiden für seine Gäste, nach Geschlechtern getrennt, errichtet hatte.

Anthje wühlte in den Kostümen. Dann zog sie ein Pelzwams unter dem bunten Allerlei hervor und hielt es triumphierend hoch.

„Da war Nahs."

„Donnerwetter — bei den Eskimos! Der Kerl ist ja in der ganzen Welt herumgegondelt," sagte Mac ehrlich verwundert. „Und wissen Sie, wo er noch war?"

„Nun wo?"

„Im Spreewald."

„Wo liegt der?"

„In Deutschland. Sie tragen das Kostüm einer Spreewälderin. Es ist vollständig bis auf den Kopfputz. Der fehlt."

Anthje sah an sich herab, faßte sich an die Brust und pustete die braunen Wangen auf.

„Heiß," sagte sie, „und eng. Ich hätte anderes tragen sollen. Im Spreewald ist es wohl kalt.

„Scheinbar! — Legen Sie doch das Mieder ab."

„Was ist das — Mieder?"

„Das schwarze Ding da, das Ihren Korpus zusammenpreßt. Runter mit dem Panzer!"

„Später," antwortete Anthje, „jetzt ist es tabu."

„O ho — tabu! Warum verboten?"

„Nahs sagt: Selbstgewählte Schmerzen soll man schweigend ertragen, bis einen die Götter erlösen. Das tun sie erst um Mitternacht."

„Ein origineller Kautz ist dieser Nahs."

Anthje faßte Mac unter.

„Es ist heiß, lassen Sie uns in den Garten gehen." —

Und im Weitergehen plauderte sie: „Nahs ist ein Einsamer. Er ist immer ernst. Nur heute werden Sie ihn lachen sehen. Tränen lachen. Kein Mensch kann sich erklären, warum er so lacht. Ich glaube aber, daß er dieses Fest nur scheinbar uns, in Wirklichkeit aber sich selbst gibt. Wir sind seine Wajang-Wongs für diese Nacht."

„Davor möchte ich mich schönstens bedanken."

„Warum? Jeder Mensch will einmal sein Vergnügen haben. Er mag die Schattenspiele nicht. Dieses Spiel mit lebenden Wongs aber mag er."

„Sie scheinen den Herrn Ario Nahs sehr zu verehren, Anthje?"

„Wir müssen ihm Dank wissen, daß er so freigebig ist. Bei ihm verkehren zu dürfen, ist ein Vorzug."

„Und das Herz, Anthje, das kleine Herz — — —?"

„— — — ist ganz still. Da — hören Sie." Sie blieb stehen und reckte sich.

Mac legte seinen Kopf an ihre Brust. Er atmete den Duft ihres Körpers. Ihm wurde heiß und schwül.

„Nur Dank ist drinn und keine Liebe," sagte die kleine Derijah.

Und Mac fragte: „Auch für mich nicht, Anthje?"

Sie schwieg.

„Hast du mich lieb, du — — —, hast du mich lieb?"

„Wir wollen hineingehen, Mijnheer. Es ist bald Mitternacht. Kommen Sie, bitte!"

„Erst sagen, ob du mich lieb hast."

„Sie fragen das jeden Abend — — —"

„— — — und immer bist du mir ausgewichen. Jetzt will ich es wissen. Hast du mich lieb?"

Da stammelte Anthje zwischen Lachen und Weinen: „Ich darf doch nicht, Mijnheer. Ich kann doch nicht. Sie sind ja getraut" und entschlüpfte seinen Armen.

Wie ein Hauch war sie verschwunden.

* * *

Im Saale saß Ario Nahs wieder auf seiner Matte und rauchte von den heimischen Zigaretten, die Mac verschmäht hatte.

Da sah er unter den tanzenden Paaren Anthje Darijah. Der Hauptmann war nicht bei ihr.

Er ließ nach ihm suchen.

Der Diener fand ihn immer noch an derselben Stelle stehend, an der ihn Anthje verlassen hatte.

Er führte ihn seinem Herrn zu.

„Ich sehe Ihre Dame unter den Tanzenden," begann Ario. „Haben Sie sie weggeschickt?"

„Und wenn ich es hätte?"

Gereizt klang diese Gegenfrage.

„Würde ich es bedauern! Aufrichtig bedauern. — So etwas schickt man nicht weg, Herr Hauptmann, das hält man fest. Ich freute mich des scheinbaren gegenseitigen Verstehens. Schade, daß ich mich getäuscht habe."

Das sagte er schmerzlich gerührt. Dann sah er groß zu Mac auf.

„Wollen Sie nicht wenigstens trinken, lieber Leod," fragte er. „Oder verschmähen Sie auch diesen eigens für Sie bestimmten Wein."

„Tun Sie mit?"

„Ihnen zu Ehren ein Glas."

„Auf Ihr Wohl."

„Danke! Und auf das meines Landes."

Er nippte. — Mac trank die Schale leer.

Der Djonkes wollte füllen.

„Weg," befahl Ario, griff selbst nach der Flasche und schenkte ein mit den Worten: „Ich bediene den zürnenden Gott."

Da lachte Mac schallend auf und war besiegt von der Grazie des Javaners.

„Eure Frauen sind Canaillen," warf er, sich setzend, hin.

„Süße," sagte Ario. „Ich sah nirgends ihresgleichen."

„Ich auch nicht. Aber spröde sind sie wie Solinger Stahl."

„Und können doch so lieb sein, wie nichts anderes lieb ist, wenn — — —"

„Ja, das eben ist es, das wenn!"

„Für das Herz die Hand! — Ist das ein ungleiches Geschäft?"

„Nein! Aber wenn die Hand nicht frei ist?"

„Muß man sie frei machen oder verzichten."

Da klangen drei Gongschläge durch den Raum. Drei tiefe, weiche Töne, wie Rufe aus den Sphären und verkehrten das Bild in das Gegenteil.

Demaskierung.

Nahs richtete sich auf.

„Mac Leod" — voll klang seine Stimme — „jetzt ist Anthje Darijah wieder — — Anthje Darijah. Das vorhin war die Karikatur einer Spreewälder Amme. Da — sehen Sie! "

Und tatsächlich flogen die schwarzseidenen Masken zu Boden, die Mieder, Barretts, Hüte, Mantillen, Capuchons und was sonst noch Kopf und Oberkörper deckte.

Von Europa befreit atmete Java.

Nur noch von den Hüften abwärts steckten die braunen Leiber in Landknechts- und Cowboyhosen, Ritterstiefeln und Schnallenschuhen, Biedermeierhöschen und Reifröcken.

Und in diesem Aufzuge tanzten die Wilden, die aus Benjoe Biroe waren, aus Semarang und Sarubaja aber auch aus Amsterdam, dem Haag und anderswoher.

Im Bauschrock fegte Anthje Darijah durch den Saal, und Mac Leod fing sie mit begehrlichen Armen ein.

Auf seiner Matte aber saß Ario Nahs und lachte — lachte — lachte. Tränen, wie Anthje Darijah gesagt hatte.

Und als der Wahnsinn zu Ende war und die letzten Gäste gegangen, fragte der Bruder den Bruder:

„Was kostet dich das, Ario?"

„Viel!"

„Und warum tust du es?"

„Weil ich Sie klein sehen will, die großen Herren des Landes und albern, wie die Gibbons und Makkais. — Je mehr verderben auf diese Art, desto besser. Auffressen muß sie Java. Sie müssen sterben an unserem Lächeln. Ich hasse Sie!"

* * *

11.

Djambi, am 19. Dez. 1900.

Liebe Traute!

Das Herz ist ein eigenes Ding. Rede ihm zu soviel Du magst, wenn es nicht will, schweigt es nicht.

Diese Tatsache muß diesen Brief entschuldigen und den vor Dir rechtfertigen, der Dir in Buitenzorg das Versprechen gab, stumm bleiben zu wollen.

Ich kann es nicht. Ich höre die haarsträubendsten Dinge über deinen Mann und fühle, daß Du in Not bist, daß Deine Seele leidet, daß Du nicht ein noch aus weißt.

Wie lange währt dieser Zustand schon, wie lange wird er noch dauern? — Mach' ein Ende Traute. Ein schnelles Ende. Trenn Dich von jenem!

Die Ehe soll eine heilige Sache sein. Die Deine ist eine unheilige. Was bindet Dich an ihn?! In Buitzenzorg erwarten Dich offene Arme. Ein Wort nur — ich komme und bringe Dich hin und wenn ich Deinen Mann vorher im Kali Ngaran ersäufen müßte.

Solcher Art sind meine Gedanken.

Wenn ich mir vorstelle, daß wir in wenig Tagen Weihnachten feiern, Du unter den entsetzlichsten Verhältnissen dort und ich unter nicht weniger erfreulichen hier, könnte ich die Stunde verfluchen, die uns trennte.

Wir hätten tun sollen, was wir mußten: Uns zueinander bekennen! Daß wir es nicht taten, daß ich Dich in jener Stunde gehen ließ, kann ich mir nicht mehr als Tugend anrechnen, sondern nur noch als Feigheit.

Nach diesem Bekenntnis zurück zu obiger Mahnung: Sie soll mein Weihnachtsgeschenk an Dich sein! Nochmals: trenn Dich von Deinem Manne.

Verfüge über mich und alles was ich habe.

Dein Pieter.

Benjoe Biroe, am 24. Dez. 1900.

Lieber Pieter!

Ich habe Deinen Brief in freudiger Erwartung geöffnet. Ich hoffte Deine Verlobung mit Edith zu lesen. Nun bin ich natürlich enttäuscht.

Daß Du immer noch an mich denken mußt, Du guter armer Mensch. Zu meinem Leid auch das noch. Ich darf meines Lebens nicht froh werden.

Meine Weihnachtswünsche gelten Dir und Edith. Wenn ich Euch doch eins wüßte! Wie würde ich mich freuen. Ich bete jede Nacht, daß Du Dich zu ihr finden mögest. Sie liebt Dich, Pieter und ist Deiner wert.

Eure Ehe würde ein Zusammenleben sein und nicht wie meine ein Nebeneinanderleben, die keiner Trennung bedarf, weil sie nicht mehr besteht. Schon lange nicht mehr. Ich bin nicht mehr die Frau Mac Leods, sondern nur noch die Magd. Er hat den Diener weggeschickt — der arme Kara schleicht Tag und Nacht um unser Haus — nun muß ich Mutter, Kindermädchen und Babu zugleich sein. Ich bin es gern, weil ich nicht mehr Gattin zu sein brauche. In meinen wenigen Freistunden finde ich Trost in Buddhas Weisheit.

Leb wohl, lieber Pieter! Schreibe nie wieder. Hörst Du: nie! Er könnte den Brief abfangen, dann bekäm Schläge die, die Du einst lieb hattest, Schläge — Pieter! Ja, so weit ist es. Wie ich mich schäme.

Gertrud Mac Leod.

Verehrte gnädige Frau Smitts!

Kurz und schlicht, ohne jede Einleitung: Wollen Sie die Meine werden? — Wie es um mich steht, habe ich Sie offen und rückhaltslos wissen lassen. Ich habe dem von damals heute nichts hinzuzufügen als lediglich die Versicherung, daß Sie einen treuen und aufrichtigen Lebenskameraden in mir finden werden, der nie vergessen wird was er einer Frau schuldet

Ihr Pieter Calisch.

Buitenzorg, am 30. Juli 1901.

Lieber Herr Calisch!

Endlich finden Sie die Frage, die ich immer schon sehnlichst erhoffte. Die wenigen Zeilen, die Sie schreiben, sind ganz Sie selbst. Sie beglücken mich.

Ebenso kurz und schlicht, wie Sie mich fragen, antworte ich Ihnen: Ich will die Ihre sein, freudig, rückhaltslos und gern.

Kommen Sie bald zu

Ihrer Edith Smitts.

Amsterdam, am 24. Juni 1901

Meine liebe, arme Traute!

Das ist ja grauenerregend, was Du mir schreibst.

Schluß machen! Sofort! — Das kann kein Gott und keine Religion wollen, daß ein wertvoller Mensch an einem wertlosen zugrunde geht.

Das ist doch kein Mann mehr, der seine Frau mißhandelt. Das ist doch kein Mensch mehr. Nie einer gewesen! Ich habe den Kerl ja von allem Anfang an richtig eingeschätzt. Nie wird aus einer Kreatur ein Charakter.

Denk an Dein Kind. Das ist ein Werdendes. Dem gehörst Du. Nicht ihm, der ein Vergehender ist. Soll Dein Mädelchen vom Beginn seines Denkens an nur Widerwärtigkeiten zu sehen bekommen? Soll es an diesen Eindrücken ein Leben lang tragen müssen?!

Nochmals: Schluß machen! Dir und Deinem Kinde bist Du es schuldig. Nimm jede Hilfe an, die Dir geboten wird. Geld überweise ich für Dich an die Java-Bank. Mit gleicher Post schreibe ich an die Militärbehörde. Dich bitte ich, Scheidung einzureichen beim Kolonialgericht. Wende Dich an den Anwalt Hysmann in Semarang.

Gott sei mit Dir und Klein-Hannele. Wiedersehn! Bald! In Amsterdam! Ohne ihn!

Dein Vater. A. Zelle.

Dieser Brief, der am 24. Juni 1901 in Amsterdam geschrieben worden war, kam am 3. August in Benjoe Biroe an, gleichzeitig mit einem anderen, der den Aufgabestempel Buitenzorg trug.

Der Postläufer hatte beide Briefe Traute auf der Veranda übergeben.

Den aus Buitenzorg las sie zuerst.

Ihr Gesicht war helle Freude.

Die zwei, die sie liebte, waren ein Paar geworden. Sie teilten ihre Verlobung mit und luden die Freundin zu Besuch.

„Daß sie ihr Glück finden, die gütigen Menschen," damit steckte sie den Brief in den Ausschnitt ihres Kleides.

Dann las sie den anderen.

Und als sie fertig war — — — weinte sie.

Draußen schlich Kara vorbei. Der hörte ihr Schluchzen.

Da schloß er die Augen und krampfte die Hände.

Diese Ohnmacht. Dieses zum Dulden und Dienen verdammt sein.

O, er würde warten bis der andere fort war. Dann würde er zu ihr gehen, sie trösten und ihr zu helfen versuchen. Nie würde er sie verlassen, wenn sie nicht tat, was jener andere getan: ihn wegschicken.

Zum Dienstantritt fertig, trat Mac über die Schwelle, wie immer die Reitpeitsche im Stiefelschaft und der Revolver umgeschnallt.

Erschreckt fuhr Traute auf. Sie wendete sich ab, wollte an ihm vorbei.

Da vertrat er ihr den Weg.

„Was ist das," herrschte er sie an.

„Nichts, das dich anginge!"

„Ein Brief! "

„Von meinem Vater."

„Gib her!"

„Nein!"

Kurz fielen die Worte.

Er packte zu mit eiserner Hand. Als ob die Knöchel zersplittern müßten, war es Traute.

Der Brief fiel zu Boden.

Er hob ihn auf.

Las! — Traute stand reglos und starrte ihn an.

Fingerdick stand ihm die Zornader auf der Stirn. Das Gesicht hatte die Farbe verloren. War erdfahl. Die Hände zitterten. Die Brust keuchte. Die Augen waren blutgerötet.

Traute fürchtete sich.

Da war er fertig.

„Aas," schrie er — und die Peitsche klatschte auf ihren Rücken.

„Aas," brüllte er wieder und schlug weiter.

„Kolonialgericht? — Da" — und stieß ihr die Faust vor die Brust.

„Militärbehörde? — Ha! Zutode schleif ich Dich" — und riß sie zu Boden und zerrte sie am Haar durch das ganze Haus.

Auf der Straße standen die Menschen. Tatlos und schweigend. Aber ihre braunen Gesichter lächelten. Nur zwei Javaner hielten einen Inder, der ins Haus wollte, mit Gewalt zurück.

Bis in den Garten schleppte sie dieser mit sich fort. Er trug sie fast und hörte nicht ihr:

„Laß sie, laß sie. Es sind Fremdlinge."